Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.90, monatlich 1.30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 86. Freitag, den 11. April 1919. 26. Jahrg.

Die Tüchtigsten vor!

Die vorgesehene Verankerung des Rätesystems in der Verfassung stellt die Arbeiterschaft vor entscheidende Aufgaben. Denn mit oder ohne Verfassungsbestimmungen über das Rätewesen wird die Arbeiterschaft zweifellos in Zukunft eine ganz andere Rolle im Produktionsprozeß spielen als in der Vergangenheit. Das Maß ihres Einflusses hängt aber viel weniger von Paragraphen ab als von dem **Grade ihrer Fähigkeit, die verwickelten Vorgänge des wirtschaftlichen Lebens zu verstehen und zu meistern.** Das ist ein Gedanke, der gar nicht gründlich genug in alle Arbeiterhirne eingehämmert werden kann. Wenn in jedem Betrieb einige Arbeiter vorhanden sind, die imstande sind, die technischen und kaufmännischen Angelegenheiten des Betriebes und des ganzen Produktionszweiges klar zu überschauen, so bedeutet das für die **Festigung des Rätesystems** mehr als jede noch so scharfsinnig ausgedachte Verankerung in der Verfassung. Wer eine Sache nicht richtig versteht, der bleibt letzten Endes doch ein Spielzeug in der Hand dessen, der sie richtig versteht. Kein Titel und keine Vollmacht kann ihn davor schützen.

Nun hat die Arbeiterbewegung zwar eine gewaltige Menge politischer Begabungen zutage gefördert, aber die wirtschaftlichen Talente sind in ihr vorläufig noch recht dünn gesät. Die politischen Begabungen wurden nämlich von der Arbeiterbewegung festgehalten und fanden in ihr ihren Tummelplatz, die wirtschaftlichen Talente aber lösten sich dauernd von der Arbeiterklasse los und gingen als kleine oder große Unternehmen in das Bürgertum über.

Am stärksten ist die Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge naturgemäß bei den gewerkschaftlich geschulten Arbeitern. Aber diese Einsicht ist vorläufig zunächst auf die Untersuchung der einen Frage eingestellt, ob die augenblickliche Lage der Industrie für gewerkschaftliche Vorstöße einen günstigen Boden darstellt oder nicht. Die Fähigkeit, einen Betrieb technisch und kommerziell leiten oder auch nur die Leitung sachgemäß kontrollieren zu können, ist mit dieser Einsicht nicht notwendig verbunden.

Darum muß den Arbeitern immer wieder gesagt werden: „Sollen alle Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen über das Rätewesen nicht blos Schaugericht bleiben, so müßt ihr, Arbeiter, ihnen einen tatsächlichen Inhalt verleihen, indem ihr euch **alle Kentnisse zu erwerben** sucht, die dazu notwendig sind, und indem ihr die Kenntnisreichsten und Tüchtigsten unter euch in euern Arbeiterräten wählt!"

Heute sucht ein Teil der Räte mit leidenschaftlichem Ungestüm auf das politische Gebiet einzudringen, und es liegt ihm gar nichts daran, bei dieser Gelegenheit die ganze Demokratie über den Haufen zu rennen. Diese Räte trauen es sich eben viel eher zu, große politische Reden zu halten und Dekrete zu erlassen, deren mühselige Ausführung dann andern überlassen bleibt, als **Geschäftsbücher zu kontrollieren, Bilanzen zu lesen und alle Notwendigkeiten des Produktionsprozesses sachlich zu beurteilen.** Sie stützen sich auf das Gebiet, das ihnen das leichter erreichbare zu sein scheint, und bilden sich ein, hier revolutionär wirken zu können. In Wirklichkeit ist aber eine Betriebsversammlung, in der mit Sachkenntnis erörtert wird, wie der **Betrieb zu Nutzen seiner Arbeiter und der Gesamtheit gefördert** werden kann, hundertmal **revolutionärer** als ein spartakistisches Konventikel, in dem über Scheidemann und Noske geschimpft wird. Denn wenn sich die Arbeiter fähig zeigen, die Interessen ihres Betriebes, nicht des Unternehmers, geschickt wahrzunehmen, so ist damit ein **Stück jener wirtschaftlichen Revolution** sachlich vollzogen, die durch Gesetzesbestimmungen immer nur angekündigt werden kann.

Nationalversammlung.

Weimar, 10. April 1919.

Am Regierungstisch: Scheidemann, v. Brockdorff-Rantzau, Landsberger, Gothein, Bell.

Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Präsident des Reichsministeriums Scheidemann: Das wichtigste außerpolitische Ereignis bei der Vertagung dieses Hauses war der Abschluß der Verhandlungen über den geplanten Durchzug der polnischen Armee durch Danzig. Diese Verhandlungen haben uns zwar nicht völlig von der Bestimmung befreien können, die unter anderen Voraussetzungen in den ersten Waffenstillstandsvertrag aufgenommen worden waren. Aber praktisch ist es gelungen, unsere Gegner von diesem Plane abzubringen, der eine deutsche Provinz schwer gefährdet hätte. Diese Verhandlungen haben gleichzeitig die vollkommene Gelegenheit geboten, allen Verleumdungen gegenüber die rechte Linie hervortreten zu lassen, nach denen die Reichsregierung die auswärtige Poilitik der deutschen Republik zu führen gedenkt. Vor allem ist die Regierung fest entschlossen, alle einmal übernommenen Verpflichtungen ihrem Sinne und Geiste nach strengstens zu erfüllen. Die Treue zum Vertrag soll das Kennzeichen des neuen Deutschlands sein, daneben steht die Treue zu uns selbst, ihr Gebot zwingt uns zur unerschütterlichen Wahrung derjenigen deutschen Lebensinteressen, ohne die weder ein nationales noch ein staatliches Gebäude möglich ist; jede Verpflichtung, die dagegen verstieße, wäre für uns unerfüllbar. (Sehr richtig! und Zustimmung.) Wir wollen eine gleichmäßige Annäherung an alle Völker, keine erneute Zerteilung der Welt in Bündnisse und Gruppen, die ja doch im gefährlichen Augenblick losgehen, wie ungesicherte Gewehre. Wir hoffen, daß die Liquidierung des Krieges nach dem Osten zu bald eine vollständige sein wird. Wir können uns von Rußland nicht die Gestaltung unserer inneren Verhältnisse aufzwingen lassen. (Sehr richtig! und Zustimmung.) Aber wenn es auf die gewaltsame Propaganda des Bolschewismus verzichtet, wollen wir gern dem russischen Volke die Bruderhand reichen, das so wie wir die falsche Rechnung des volksfeindlichen Imperialismus mit Niederlage, Zusammenbruch und schlimmster Not hat bezahlen müssen. Der mühsame bitterschwere Weg zu einer neuen wirtschaftlichen und staatlichen Konsolidierung ist uns beiden gemeinsam. Wir sind in vielem aufeinander angewiesen. Ich hoffe, daß wir uns zueinander zu finden wissen. (Beifall.) Nach Westen Frankreich gegenüber kann es für unseren Willen zur Versöhnlichkeit keine Unklarheit geben. Wir kennen die ihm gegenüber übernommenen Verpflichtungen. Wenn wir in bezug auf Elsaß-Lothringen auf eine Volksabstimmung dringen, so tun wir es nicht in der stillen Hoffnung, einen Punkt des Wilsonschen Programms zu entkräften, sondern für alle Zukunft Revancheideen oder neue Anschuldigungen wegen Vergewaltigung auszuräumen. (Beifall.) Ob wir wollen oder nicht, jedes Unrecht schreit nach Recht. Zu irgend einer Zeit beginnt dieser nicht zu unterdrückende Prozeß vor der Weltgeschichte. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß der kommende Friede möglichst wenig Spielraum läßt zu solchen künftigen Auseinandersetzungen. Deutschland muß in der Bitternis seiner Niederlage wenigstens den Trost haben, einen Sieg errungen zu haben, den Sieg über den Militarismus. (Beifall.) Die Gefahren, die ich für den Erfolg unserer auswärtigen Politik sehe, kommen nicht so sehr von jenseits der Grenze als vielmehr aus unserem Volke selbst (Lebhafte Zustimmung), aus der unaufhörlichen Erschütterung unseres Landes, aus der gährenden Unruhe, aus dem Brand, dessen Stichflammen immer wieder hervorbrechen und das ganze Haus mit Vernichtung bedrohen. Ein Streik löst den anderen ab. Der Putschismus ergreift gleich einer Seuche bald die eine, bald die andere Stadt. Verhetzte gedankenlose Menschen haben Hand gelegt an ein Mitglied der Reichsregierung, das auch Mitglied der Nationalversammlung ist. Gibt es in diesem Hause auch nur ein einziges Mitglied, das diese skandalöse Mißachtung der Immunität nicht mißbilligt? Auch dieser gewalttätige Streik könnte dazu beitragen, die Regierung zu sprengen, ihr Ansehen im In- und Auslande zu vernichten, in einer Zeit, in der endlich für unser ganzes durch Unterernährung und Entkräftung gequältes Volk eine Erhöhung der Rationen winkt, wo die Blockade sich lockert, wo der Hungerkrieg die Waffen streckt, in diesem Augenblick ruhen Hunderttausende von Händen, die allein durch ihre Arbeit die Zahlungsmittel schaffen können, ohne die es kein Brot, Mehl und Speck für unsere Frauen und Kinder gibt. (Lebhafte Zustimmung.) Mehr noch, in dem Augenblick, in dem unser aller Ziel neben Brot nur Frieden und nichts als Frieden sein kann, vollzieht sich in München ein neuer Umsturz, wird dort die Räterepublik ausgerufen, werden die staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse auseinandergewürfelt wie Kinderspielzeug, wird ein Schutz- und Trutzbündnis verkündet mit der ungarischen und russischen Räterepublik, mit der ausgesprochenen Front gegen die übrige Welt. Nicht das Vaterland, nicht die Regierung, aber der Friede ist dadurch in Gefahr. (Lebhafte Zustimmung.) Jetzt, wo es gilt, den lückenlosen Beweis für unseren Friedenswillen, für unsere Abwehr von aller Gewaltpolitik, für unsere unerschütterliche Ehrlichkeit zu erbringen, jetzt wagen es verhetzte Phantasten aufs neue, das Kriegsbanner aufzupflanzen gegen die Völker, mit denen wir uns morgen an den Verhandlungstisch setzen sollen. Ich bin ein Gegner der Räterepublik als Regierungsprinzip. Ich kann nicht so schnell umlernen wie andere, die gleich mir ein Leben lang unter der Parole der Demokratie gekämpft haben und sie nun verleugnen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.). Wir wenden uns gegen die Räterepublik nicht nur aus Gründen der Weltanschauung, nicht bloß aus innerpolitischen Gründen, weil wir in ihr die Zerstörerin des letzten rechtsstaatlichen Zusammenhalts sehen, sondern wir wenden uns gegen sie, weil wir den Frieden wollen. Wir führen mit dem Chauvinismus der Räterepublik einen Kampf auf Leben und Tod um des Friedens willen, ohne den wir zugrunde gehen. Nicht die Bündnisse der Weltrevolution suchen wir, sie führen genau so in Mord und Elend, wie die Bündnisse der Monarchien und Imperialisten. (Sehr richtig!) Wir brauchen das große Weltbündnis, den Völkerbund, in dem gleichberechtigte Völker sich frei entwickeln können ohne die alte Fessel der Rüstungen und ohne die neuen Lasten bolschewistischer Bürgerkriege. Das trennt uns weltenweit von den Ideen Lenins, der sich rühmte, schon 1910 empfohlen zu haben, die Abrüstung aus dem sozialistischen Programm zu streichen, denn die Ueberwindung des Kapitalismus ohne Bürgerkrieg sei eine Utopie. Nein, ohne Abrüstung wäre der Völkerbund eine leere Phrase, die Verewigung der Gewalt. (Sehr richtig!) Wenn zwischen den Völkern die rohe Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung abgeschafft werden soll, dann lehnen wir sie erst recht ab in der Auseinandersetzung zwischen Volksgenossen. (Beifall.) Krieg nach innen und Krieg nach außen, das bringen uns die Räte, die Lehren Lenins, der Bolschewismus. Ich male Ihnen keine wüste Phantasiefratze vor, ich will aus der bolschewistischen Bewegung keinen Bürger- und Kinderschreck machen, ich halte mich an Tatsachen: an Lenins Bekenntnis zum Bürgerkrieg, an Radeks Aufforderung zum gemeinsamen Kampf gegen die Entente am Rhein, an den Bündnisbeschluß der Münchener Räterepublik und an den Beschluß des Kommunistenkongresses, die neue Heilslehre der Sowjets mit Feuer und Schwert durch die Welt zu tragen. An diese Tatsachen halte ich mich, wenn ich dem deutschen Volke zurufe: Wacht auf, seht um Euch, erkennt den Abgrund, der sich vor Eurer Kinder und unser aller Zukunft auftut. Hier darf es keine Parteiunterschiede geben. Sich einigen in der Abwehr der Räterepublik heißt, sich zusammenfinden in der großen, das ganze Volk zusammenfassenden Partei, deren einziger Programmsatz lauten muß: Erst und vor allem Frieden! (Beifall.) Während wir hier über die Zukunft der Republik beraten, tagt in Berlin der Zweite Rätekongreß. Wir begleiten seine Verhandlungen mit Interesse und mit den besten Wünschen. Er soll nach dem Willen seiner Einberufer dem Wohl der deutschen Zukunft dienen. Möge er den gleichen Weg gehen wie die Reichsregierung, indem sie aus dem Rätegedanken das Beste für unser Volk zweckdienlich entnimmt und nutzbar macht. Eine schwere Verantwortlichkeit liegt auf seiner Tagung. Möge er sich klar darüber sein, daß man geistige Bewegungen nur mit geistigen Waffen bekämpft, aber geistige Neuerungen auch nur auf geistigem Wege einleiten kann. Der Sozialismus kann einem Volke ebensowenig aufgezwungen werden, wie uns Deutschen je die Reaktion wieder aufgezwungen werden kann. (Beifall.) Wir wollen der wirtschaftlichen Demokratie den Weg öffnen. Wir wollen ihr die notwendigen Organe schaffen und die Sozialisierung einleiten, daß sie eine Quelle der Wohltat, nicht einen Spaltpilz der Zersetzung bildet, aber während wir so dem Bolschewismus den Nährboden entziehen, bleibt uns nichts anderes übrig, als seine gewaltsamen Ueberrumpelungsversuche gewaltsam abzuwehren. (Beifall.) Es ist nicht unsere Schuld, wenn das Wort Gewalt noch nicht aus dem Wörterbuch unsers Volkes verschwinden kann. Helfen Sie uns, daß es bald verschwinden kann, daß es nicht verewigt wird in seinem schlimmsten Begriff, den Gewaltfrieden. (Lebh. Beifall.)

Dr. Pfeiffer (Z.): Wir erheben im gegenwärtigen Augenblick warnend unsere Stimme, und ich spreche im Namen der ganzen Nationalversammlung, wenn ich diesem Schmerzensschrei eines bis zum äußersten gequälten Volkes Ausdruck gebe. Für den Frieden erheben wir drei Forderungen, ohne die es eine Einigung nicht geben kann: Rückgabe des besetzten Gebietes sofort beim Friedensschluß, Rückgabe unserer Gefangenen und Aufhebung der Blockade. (Beifall.) Wir erheben laut und feierlich Einspruch gegen das vielfach unerhörte, gewalttätige Vorgehen unserer Feinde in den besetzten Gebieten. Im Namen der linksrheinischen Freunde spreche ich erneut aus, daß sie in dieser schweren Schicksalsstunde unseres Volkes alle Sonderwünsche zurückstellen und unerschütterlich auf dem Standpunkt stehen, daß sie Deutsche bleiben wollen. (Stürmischer Beifall.) Wenn wir so die Unantastbarkeit unseres deutschen Gebietes verlangen, so verlangen wir auch, daß beim Friedensschluß uns unsere Kolonien nicht weggenommen werden.

Hoch (SD.): Das gesamte deutsche Volk hat den dringenden Wunsch, endlich aus dem Leiden der Kriegszeit herauszukommen. Ein wirklicher Friede ist aber nur dann erreicht, wenn er ein Frieden des Rechtes ist. Wenn die Vergewaltigungsabsichten der feindlichen Völker der Angst entsprangen, daß in Deutschland der Militarismus wieder erstarken könnte, so ist das eine alte Rechnung. Die anderen Völker sollten erkennen, daß in Deutschland der Militarismus für alle Zeiten beseitigt ist, wenn wir zu einem gerechten Frieden kommen. (Beifall.) Das wird um so mehr der Fall sein, wenn volle Klarheit geschaffen wird über die Schuld, die Militarismus und Kapitalismus an diesem Kriege haben. Darum begrüße ich die Einrichtung eines Staatsgerichtshofes, der unparteiisch die Schuld an diesem Kriege untersuchen soll. Die Schuldigen werden, wie bei allen anderen Völkern, so auch in unserem Volke zu finden sein. Schandtaten sind fraglos im Kriege vorgekommen bei allen Heeren, auch bei unserem Heere. Ebenso wie den Frieden mit der Entente, erstreben wir auch Frieden mit dem benachbarten russischen Volke. Ich frage die Regierung, ob es richtig ist, daß die russische Regierung nachdrücklich und auf das bestimmteste unserer Regierung erklärt hat, sie sei bereit Frieden zu schließen und denke nicht daran, ihre Heere über unsere Grenzen zu führen, verlange aber, daß auch unser Heer in unseren Grenzen bleibt. Trotzdem sei es aber nicht zu einer Verständigung mit Rußland gekommen. Daß wir durch die Entente gezwungen werden, weiter mit Rußland Krieg zu führen, ist ein Grund, den ich nicht gelten lassen kann. Das wäre eine unmögliche Forderung, der wir uns nicht beugen könnten. (Beifall.) Ebenso wichtig wie der Friede nach außen ist aber auch, daß wir Frieden im eigenen Lande bekommen.

Die Regierung handelt unter dem Zwang einer unabweisbaren Notwendigkeit, wenn sie den Gewalttaten einer Minderheit mit Waffengewalt entgegentritt. Der gegenwärtige Zustand ist auch auf die Dauer nicht erträglich. Wir müssen dringend bitten, daß Truppen nicht dort eingreifen, wo es der eigenen Bevölkerung möglich ist, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Regierung muß darnach streben, daß die Truppen vor Ausschreitungen und Uebergriffen gewarnt werden und daß solche Uebergriffe ebenso schnell und scharf bestraft werden, wie die von der anderen Seite. In Weimar streiken die Transportarbeiter, weil die Unternehmer ihre bescheidenen Forderungen von 54 Mk. Wochenlohn abgelehnt haben. Die Unternehmer haben erklärt, sie würden genügend Streikbrecher haben in den Regierungssoldaten. Die Regierung müßte dafür sorgen, daß solche falschen Gerüchte gar nicht Glauben finden können. Sie müßte den Unternehmern klar machen, daß die Ablehnung einer so bescheidenen Forderung geradezu ein Verbrechen ist in dieser Zeit. Viel wichtiger als die vom Vorredner geforderte starke Regierung ist die Beseitigung der furchtbaren Not, unter der unser Volk leidet. Nur die furchtbare wirtschaftliche und seelische Not unseres Volkes erklärt die traurigen Zustände, unter denen wir jetzt leben. Zur Beseitigung des Hungers müssen alle Kräfte zusammenhalten, deshalb lehnen wir mit aller Entschiedenheit die Räterepublik ab, denn sie bedeutet nicht die Vereinigung der Kräfte, sondern die Vergewaltigung der Mehrheit durch eine Minderheit. Wir lehnen jede Vergewaltigung ab, auch eine Diktatur des Kapitalismus. (Sehr richtig! bei den SD.) Von einem Abbau der Kriegswirtschaft kann solange keine Rede sein, solange ein Mangel an den notwendigsten Lebensmitteln herrscht. Daher bedauern wir, daß der Abbau schon begonnen hat. In dem Eierwucher sehen wir ja schon eine erste Folge. Auch der Zucker muß weiter öffentlich bewirtschaftet werden. Beim Gemüse und Obst ist erst eingegriffen worden, als es höchste Zeit war. Um so unverantwortlicher sind die Forderungen, die jüngst in Berlin auf einer Tagung der Gemüse- und Obsthändler erhoben worden sind. Die ersten Le-

bensmittel aus dem Auslande kommen jetzt herein. Man kann sie aber nicht mechanisch nach der Einwohnerzahl verteilen. Auch in vielen Mittelstaaten herrscht bittere Not. Das Pfund Mehl soll 2,50 Mk. kosten, wer kann denn das bezahlen? Bei solchen Preisen müssen ja Lohnforderungen kommen. Trotz aller Finanznöte müssen hierfür die nötigen Mittel aufgebracht werden. Wohnungen für die minderbemittelten Kreise müssen geschaffen werden. Die Wohnungswucherer gehören ins Zuchthaus. Unsere Kriegsgefangenen kommen hoffentlich bald wieder. Aber wir müssen inzwischen auf dafür sorgen, daß sie bei uns leben und wohnen können. Den Satz von der Heiligkeit des Eigentums können wir in dieser schweren Zeit nicht anerkennen. Jeder, der mehr hat, als er braucht, darf dieses Mehr nur als Eigentum der Gesamtheit verwalten. Zur Durchsetzung dieser weitergehenden Forderungen brauchen wir eine starke Regierung. Ein Teil selbst unserer nächsten Mitarbeiter arbeitet gegen die neuen Männer. (Sehr richtig!) Jetzt muß schnell gearbeitet, jetzt muß riskiert und probiert werden. Darum brauchen wir die Arbeiterräte als vorwärtstreibenden Faktor. Wenn es uns gelingt, auf der Grundlage eines gerechten Friedens für den inneren Frieden zu arbeiten, dann dürfen wir hoffen, wenn schnell gehandelt wird, daß wir trotz der traurigen Zeit, in der wir leben, noch zu einem Zustande der Freiheit und Gerechtigkeit, der Menschenwürde und des Menschenglücks kommen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Um 1½ Uhr wird die Weiterberatung auf 3½ Uhr vertagt.

Nachmittagssitzung.

Nach der Pause nimmt Reichsminister des Aeußern Graf Brockdorff-Rantzau das Wort: Seit meiner Programmrede vom 14. Februar hat sich die äußere Lage Deutschlands nicht wesentlich geändert. Zwar ist der Krieg noch immer nicht beendet, aber man darf annehmen, daß der Friede vor der Türe steht. Die Friedensarbeit fällt zusammen mit meinem Plan für die Reform des auswärtigen Dienstes. Wir brauchen einen möglichst vollkommenen Apparat, um aus der unerhört schweren Lage, in der sich Deutschland befindet, zu einem erträglichen Frieden zu gelangen. Wir dürfen nicht zu hoffnungsvoll sein, brauchen aber auch nicht zu verzweifeln. Unsere Gegner haben uns während des Winters durch die immer maßloseren Forderungen ihrer Presse zu erschrecken und an das schlimmste zu gewöhnen versucht. Jetzt hört man mildere Töne, jetzt wird erklärt, Deutschland würde überrascht sein, wie maßvoll die Forderungen sind, die man zu stellen gedenkt. Wir wollen uns weder durch die düsteren, noch durch die freundlicheren Zukunftsbilder aus der Stellung drängen lassen, die wir am Friedenstische einnehmen müssen. (Sehr richtig!) Wir stehen vor harten und kühl rechnenden Feinden und haben ihnen gegenüber nur eine Waffe, das ist die Berufung auf die Friedensgrundlage, über die wir anfangs November, bevor wir unsere Waffen und unser Glacis auslieferten, einig geworden sind. (Sehr richtig!) Einen Frieden, der sich von dieser Grundlage in einem wesentlichen Punkte entfernt, können wir nicht unterzeichnen. (Beifall.) Erneut muß ich die deutsche Forderung anmelden, daß der elsaß-lothringischen Bevölkerung das Recht zuerkannt wird, über ihr künftiges Geschick durch unbeeinflußte Willensäußerung selbst zu bestimmen. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere Gegner sollten einsehen, daß die Art, wie Elsaß-Lothringen jetzt behandelt wird, für den künftigen Frieden Europas und der Welt ausschlaggebend ist. (Sehr richtig!) Es sollte aus einem Zwangsopfer ein Bindeglied zwischen den beiden großen Völkern werden, die künftig noch mehr als bisher auf gute Nachbarschaft angewiesen sind. (Widerholte Zustimmung.) Im Osten haben wir eine schwere Krisis durchgemacht. Sie scheint vorläufig überwunden, denn die Entente hat sich beeinflussen lassen, auf die Landung in Danzig zu verzichten, aber ihre Ansprüche darauf in aller Form aufrechterhalten. Es bedarf größter Wachsamkeit, damit die Forderung, die wir aus sachlichen und rechtlichen Gründen unbedingt ablehnen müßten, nicht wiederholt wird. (Beifall.) In der Frage Nordschleswigs haben sich die Dinge zugespitzt. (Hört, hört!) Mehr oder weniger verständige unzuständige Unterhändler Dänemarks suchen bei der Entente immer weitergehendere Forderungen gegen das geschwächte Deutschland durchzusetzen. (Hört, hört!) Eine skrupellose Agitation möchte den Hunger auch der Deutschen Schleswigs, zur Erpressung von Zustimmungserklärungen in dänischem Sinne ausbeuten. Diesen Machenschaften könne nicht scharf genug entgegengetreten werden. (Lebhafte Zustimmung.) Einsichtige dänische Politiker sind sich darüber klar, wie schwer ihr Land unter einer deutschen Irredenta leiden müßte und wie trügerisch der Gewinn wäre, den Dänemark jetzt als Danaergeschenk der Entente davontragen könnte. (Sehr richtig!) Wenn die frühere deutsche Regierung im vergangenen Herbste erklärt hat, daß sie auch auf die streitigen nordschleswigschen Gebiete die Wilsonschen Grundsätze anzunehmen entschlossen sei, so hat sie dabei nur unzweifelhaft dänische Bezirke im Auge gehabt. (Sehr richtig!) Die Verhandlungen für die Angliederung Deutsch-Oesterreichs sind inzwischen weitergeführt worden. Wir stehen vor einer historischen Entwickelung, die mit innerer Notwendigkeit ihren Lauf nimmt. Darum möchte ich davor warnen, diese Entwickelung zu überstürzen. Das könnte schaden. Unseren Gegnern machen offenbar die finanziellen Forderungen mindestens ebenso große Schwierigkeiten, wie die territorialen Forderungen. Das ist kein Wunder. Es ist erst recht ganz ausgeschlossen, die Frage der finanziellen Ansprüche an Deutschland ohne Verhandlung mit unseren Sachverständigen zu lösen. Wir sind bereit, am Friedenstische den Gegnern sowohl auf ihre Forderungen, wie auf ihre Fragen nach unserer Zahlungsfähigkeit Rede und Antwort zu stehen. Es wird rascher zum Ziele führen, wenn sie mit uns verhandeln, als wenn sie von Woche zu Woche, von Monat zu Monat versuchen, untereinander über Sätze einig zu werden, die vor der Wirklichkeit die Probe doch nicht bestehen. (Sehr gut!) Unsere Gegner sollten die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands bei ihren Rechnungen leidenschaftslos ins Auge fassen. Sie können es nicht zerstückeln und lähmen und dabei gleichzeitig aus seiner Volkswirtschaft die gewaltigen Ueberschüsse herausziehen, die sie von ihm erwarten. (Zustimmung.) Nur ein wirtschaftlich erstarkendes Deutschland kann seinen bisherigen Feinden helfen, wirtschaftliche Schäden des Krieges wieder gut zu machen. (Zustimmung.) Dazu bedürfen wir der Freigabe des industriell und landwirtschaftlich so wichtigen Westens, der jetzt nicht nur vom Feinde besetzt, sondern entgegen dem Waffenstillstandsabkommen von dem übrigen Deutschland abgeschnürt ist. Wir bedürfen der schleunigen Aufhebung der Blockade, dieser grausamsten Maßregel, mit der man trotz Waffenstillstand weiter gegen uns Krieg führt. Wir brauchen endlich die Zuführung von Lebensmitteln unter Bedingungen, die uns ihren Ankauf überhaupt erst möglich machen. Wir brauchen Rohstoffe, um wieder zu arbeiten, und um diese Rohstoffe zu kaufen, brauchen wir Kredit. Noch hat soeben die Frage an mich gerichtet, ob es zutrifft, daß die russische Regierung ausdrücklich auf das Bestimmteste unserer Regierung erklärt hat, sie sei bereit, Frieden zu schließen, und daß sie gar nicht daran denke, ihre Heere über unsere Grenzen zu führen, daß sie nur verlange, daß auch unsere Heere innerhalb unserer Grenzen bleiben. Eine derartige Erklärung an die deutsche Regierung ist seitens der russischen Regierung nicht erfolgt. (Bewegung.) Die von mir nur flüchtig gestreiften dringenden Probleme der Gegenwart und der nächsten Zukunft stellen dem Ministerium des Auswärtigen Aufgaben schwerster Art und größter Zahl. Zunächst handelt es sich um eine Reform der Organisation. Statt der bisherigen Entwickelung nach Materien führe ich das Regionalsystem ein. Jedes wichtige Land wird seinen Spezialreferenten bekommen. Dadurch werden wir wirkliche Sachkenner heranbilden, die ein Land in seiner Gesamtheit übersehen können. Den Auslandsmissionen sollen besondere Sachverständige zugeteilt werden, um die sozialen Einrichtungen jedes Landes zu studieren und Fühlung mit den Arbeiterkreisen zu gewinnen. Hand in Hand mit der organisatorischen Reform geht eine Reform des Personals. Durch den Wegfall der Unterscheidung zwischen diplomatischer und konsularischer Laufbahn wird die Auswahl unserer Anwärter für die höchsten Posten auf eine wesentlich breitere Grundlage gestellt. Es wird sich als notwendig herausstellen, und die Wandlung, die Deutschland innerlich vollzogen hat, auch nach außen zum Ausdruck bringen, Veränderungen auf einigen neutralen Auslandsposten herbeizuführen. Das schwerste Hindernis für die Reform ist, so seltsam es klingt, der mangelnde Raum. Wir brauchen ein neues Dienstgebäude für das Auswärtige Amt. Dann müssen die Mitarbeiter auch wirklich gut entlohnt werden. Trotz aller Sparsamkeit muß das erfüllt werden. Kaum ein Volk wird von dem Frieden, der in Paris geschlossen werden soll, nicht enttäuscht sein. Und diese Enttäuschung birgt in sich eine furchtbare Gefahr. Hatte der Krieg, der überall die alten Ordnungen auflöste, anarchistischen Ideen Vorschub geleistet, so wird der Friede, der statt des ersehnten Behagens wiederum Mühsal und Entbehrung bringt, den zersetzenden Einflüssen weiter Vorschub leisten. Hier steht der allgemeine Feind; hier ist die allgemeine Aufgabe. Hier hilft kein gegenseitiges Beschuldigen, kein Grübeln über die Vergangenheit. Wir müssen gemeinsam die Hand an das Werk legen, das unsern Kindern und Enkeln eine würdige Zukunft sichern soll. Ein Symbol des Entschlusses ist Deutschlands Verpflichtung, Belgien und Nordfrankreich wieder aufzubauen. (Sehr wahr! links.) Wir sind die Verpflichtung eingegangen in dem vollen Bewußtsein, daß wir sie nur in werktätiger Gemeinschaft mit unseren Gegnern erfüllen können, und wir beklagen es doppelt, daß ihr Mißtrauen die Erfüllung durch gehässigen Mißbrauch unserer Kriegsgefangenen zu erzwingen sucht. Dadurch wird, was ein Werk der Versöhnung sein sollte, eine Saat neuen Hasses. Wenn wir die Frage nach der Schuld stellen, und sie offen und wahrhaft beantworten wollen, so geschieht es nicht aus solchen Motiven, sondern um die vergangenen Fehler zu erkennen und einen deutlichen Strich unter sie zu machen. Die Erforschung der Schuld darf nur ein Mittel der politischen Erziehung sein. Auch dabei soll der Blick nicht nach rückwärts, sondern nach vorwärts gerichtet werden, in eine Völkergemeinschaft hinein, in der die Förderung der nationalen Interessen nicht mehr im Gegensatz zu dem Dienst an der Menschheitsentwicklung steht. (Lebhafter wiederholter Beifall.)

Es folgt eine längere Rede v. Payers, deren Schluß uns noch nicht vorliegt.

Der Bericht vom Rätekongreß

von unserem Berliner Pressebureau ist ausgeblieben. Wir können ihn deshalb erst morgen bringen.

Bayern.

In Bayern wurde ein Aufruf für die Räte-Armee erlassen. Es können nur Angehörige der arbeitenden Klassen aufgenommen werden, die auf dem Boden der Räte-Republik stehen. Wesentliche Vorbedingungen sind: Altersgrenze das vollendete 23. bis 45. Lebensjahr, Zugehörigkeit zu der sozialistischen oder freigewerkschaftlichen Organisation der klassenbewußten Arbeiterschaft, bisherige Berufssoldaten, welche sich ohne Vorbehalt auf den Boden der Räterepublik stellen. Erwerbslose werden in erster Linie eingestellt. Unbedingter Gehorsam wird gefordert. Es gibt ein Dienstlagegeld von 6 Mark und 1 Mark Treuprämie, sowie Verpflegung, Unterkunft und Bekleidung. Verheiratete erhalten 5 Mark Zulage für die Verpflegung und Unterkunft sowie für München eine Teuerungszulage von 2,50 Mark pro Tag.

Ein neuer Zentralrat von 5 Arbeiter- und 5 Soldatenräten ist gebildet worden. Ferner wurden Revolutionstribunale errichtet, die aus revolutionären Volksgenossen zusammengesetzt sind.

Ueber die Regierungsmitglieder berichtet die „Fränkische Tagespost" weiter, daß Dr. Lipp bereits zweimal wegen Größenwahnsinns im Irrenhause gesessen hat. Ihm ist also das Tollhaus nichts Neues. Lipp ist auch Spion der Kaiserlich deutschen Regierung in Italien gewesen und während des Krieges im Auftrage der Politischen Abteilung des deutschen Generalstabs der Zimmerwalder Vereinigung beigetreten und hat als Mitglied derselben die revolutionäre Bewegung in Italien organisieren helfen. Kurz vor Ausbruch der Revolution denunzierte Lipp noch Kurt Eisner und Crispien bei der Politischen Abteilung des Großen Generalstabs. Jetzt ist er bayerischer Außenminister. Völlig in das Milieu passend ist auch der Finanzminister Silvio Gesell, der vor dem Kriege Schriften über die Theorie des Geldes schrieb, die in allen wissenschaftlichen Kreisen Heiterkeit und Widerspruch erregten. Namentlich auch von sozialistischer Seite wurden die Theorien Gesells als gänzlich unhaltbar und unwissenschaftlich kritisiert. Seine Befähigung zum Finanzminister dürfte damit erwiesen sein. Bei der Ausrufung der Räterepublik in Augsburg spielte als Führer ein Dr. Rothenfelder eine besondere Rolle. Dieser Rätefführer ist von Hause aus Franziskanermönch und hat die niederen Weihen über sich ergehen lassen. Kurz vor dem Kriege trat er aus dem Orden aus und betätigte sich in Augsburg als Literat. In den ersten Kriegsjahren schrieb er für die „Augsburger Neuesten Nachrichten" Gedichte voll glühendstem Patriotismus und nationalistischem Ueberschwang. Als die alldeutsche Hetze gegen Wilsons Vermittlungsversuche einsetzte, war einer der wütesten Kläffer gegen Wilson in Augsburg der genannte Dr. Rothenfelder. Jedoch konnten ihn diese literarischen Leistungen nicht aus seinen ewigen Portemonnaienöten bringen, die in Augsburg stadtbekannt waren. Wie es scheint, geht sein Literaturgeschäft unter bolschewistischer Firma jetzt besser.

So sehen die Leute aus, welche an die Stelle der in Parteidiensten ergrauten „Verräter" treten.

Aus Nürnberg wird mitgeteilt, daß in München die Bewaffnung der Fabrikarbeiter begonnen habe und daß Niekisch aus dem Zentralrat ausgeschieden sei. Eine heute früh aus München eingetroffene Depesche meldet, daß der Rat der Volksbeauftragten in München von den Kommunisten gestürzt und eine reinkommunistische Regierung gebildet sei.

Im Laufe der Nacht hatten die Kommunisten 11 Geiseln aus den Reihen der Gewerkschaftsführer geholt, verschiedene Polizeistationen entwaffnet und die Kommissare und Schutzleute mitgenommen. Diese seien jedoch inzwischen wieder freigelassen worden.

Ueber München wurden von Fliegern Flugblätter abgeworfen mit der Mitteilung, daß München bald von dem übrigen Bayern abgeschlossen sein werde. Die Lebensmittel- und Kohlenzufuhr würde ausbleiben. Eine Massendemonstration gegen die Räterepublik stünde bevor. Es werde nicht lange dauern, bis München kapituliere.

Aus Würzburg meldet der „Vorwärts", daß das 2. bayerische Armeekorps sich geschlossen hinter die Regierung Hoffmann gestellt habe.

Siebenstundentag im Ruhrrevier.

Eine Konferenz von vier Vertretern der vier Arbeiterverbände und Vertretern des Zechenverbandes tagte unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Bauer unter Teilnahme des Reichskommissars Severing, sowie von Vertretern des preußischen Handelsministeriums im Rathause zu Essen, um zu der durch den Generalstreik im Ruhrrevier geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Die Konferenz kam nach eingehender Prüfung zu dem Ergebnis, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit für die unter Tage beschäftigten Grubenarbeiter auf sechs Stunden im Interesse unserer Volkswirtschaft zurzeit unmöglich sei. Auf die dringende Vorstellung der Vertreter der Arbeiterverbände, die die Meinung ausdrückten, daß ein Entgegenkommen in bezug auf die Arbeitszeit angesichts der schlechten Ernährungsverhältnisse unbedingt notwendig sei, erklärten die Vertreter des Zechenverbandes sich auf die Einwirkung des Reichsarbeitsministers bereit, die Siebenstundenarbeitszeit für die unter Tage beschäftigten Arbeiter einschließlich der Ein- und Ausfahrt zu bewilligen. Durch diese Verkürzung der Arbeitszeit sind die deutschen Bergarbeiter besser gestellt, als die englischen. Die Arbeitszeit über Tage bleibt unverändert. Die Frage, ob sich eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit für die unter Tage beschäftigten Bergarbeiter ermöglichen läßt, soll einer Prüfung durch die Kommission unterzogen werden, die festzustellen haben wird, ob eine weitere Verkürzung mit Rücksicht auf unsere Volkswirtschaft und die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkt durchführbar ist.

Die Mitglieder der Neunerkommission waren zu Verhandlungen mit dem Reichskommissar in Essen geladen, aber nicht erschienen. Sie wurden später verhaftet. Ebenfalls verhaftet wurde der Herausgeber des „Spartakus", Ebstein.

Streikbewegung.

Der Bankbeamtenstreik in Berlin ist vollständig. Auch die deutsche Bank mußte schließen.

In Danzig streiken jetzt auch die Arbeiter der Reichswerft, der Schichauwerft, der Artilleriewerkstätte und der Gewehrfabrik. In den [illegible]betrieben wird noch gearbeitet.

Im „Vorwärts" wird über die Lage im Ruhrrevier gemeldet: Es streiken gut Vierfünftel aller Schachtanlagen. Der Streik in der Industrie hat nicht entfernt die Ausdehnung angenommen, wie bei den Bergarbeitern. Allerdings ist zu fürchten, daß infolge Kohlenmangels eine Anzahl weiterer Betriebe in den nächsten Tagen zur Stillegung gezwungen sind. Bei Krupp arbeiten 60 Prozent. An vielen Orten, wie Oberhausen, Witten, Duisburg, arbeitet die Industrie ohne Einschränkung.

In Düsseldorf haben die Unruhen gestern 29 Todesopfer gefordert.

In Mülheim (Ruhr) wurden 17 Mitglieder des Arbeiterrats, die in der letzten Sitzung für die sofortige Ausrufung der Räterepublik gestimmt hatten, wegen Landesverrats verhaftet.

Die Arbeiter des Stettiner Friedhofes sind in den Ausstand getreten. Die Beerdigungen unterbleiben seit zwei Tagen. Die Gräber der eben Beerdigten bleiben offen. Verhandlungen sind bis jetzt gescheitert.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 11. April.

An unsere Postabonnenten!

In letzter Zeit sind uns manche Klagen über unregelmäßige Bestellung oder gänzlichen Ausfall der Bestellung unseres „Lübecker Volksboten" von seiten unserer auswärtigen Leser direkt zugegangen. In diesen Angelegenheiten können wir aber leider fast garnichts unternehmen. Mit täglicher regelmäßiger Auflieferung der vom hiesigen Postamt für die einzelnen Orte angeforderten Anzahl Exemplare erlischt jede weitere Tätigkeit unsererseits für die Beförderung der Zeitung. Die Post übernimmt danach das folgende. Es sind somit alle Beschwerden über unregelmäßige Lieferung unserer Zeitung usw. stets an das Bestellpostamt zu richten.

Die schlimmen Wirkungen des Streiks im Kohlenrevier machen sich auch in unserer Gegend in immer stärkerem Maße fühlbar. Eine weitere Einschränkung des Eisenbahnverkehrs ist bereits erfolgt und mit neuen Verkehrsbeschränkungen ist zu rechnen. Auch der Straßenbahnverkehr wird nicht lange mehr im jetzigen Umfange aufrecht zu erhalten sein.

Um ein zahlenmäßiges Bild zu geben, aus dem erhellt, wie stark Förderung und Abtransport im Ruhrrevier zurückgegangen sind, sei folgendes bemerkt: Die Wagengestellung an der Ruhr betrug infolge des Streikes Ende voriger Woche 6000 Wagen arbeitstäglich, sie sank Anfang dieser Woche auf 3000 Wagen, während für heute, den 10. April, nur etwa 2000 Wagen zur Beladung von den Zechen angefordert worden sind, gegenüber einer normalen Wagengestellung von etwa 24 000 Wagen arbeitstäglich im Kriege. Eine derartig niedrige Wagengestellung erlaubt nicht einmal den Abtransport von Lokomotivkohlen für die Eisenbahn, geschweige denn für Gas- und Elektrizitätswerke oder sonstige Industrie. Die abgefahrenen Mengen werden vollauf benötigt zur Aufrechterhaltung der Pumpen und Wasserhaltungen in den Kohlenrevieren selbst.

Somit ist der gesamte Bezirk, umfassend Hamburg, Bremen, Lübeck, Schlesig-Holstein und Mecklenburg, seit Beginn des Streiks und vorher durch Streckensperre völlig von neuen Zufuhren aus dem Kohlenrevier abgeschnitten. Die Lage im Ruhrkohlenrevier drängt offenbar zur Entscheidung. Mit den Streikenden wird verhandelt. Gelingt es aber nicht, bald der Streikbewegung Herr zu werden, so müssen sich die hiesigen Verbraucher auf die ernstesten Zustände gefaßt machen.

Vom freien Eierhandel.

Alles, was nach hohem Gewinn trachtet, schreit für freien Handel. Bei den Eiern ist das Experiment gemacht worden und wir haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, wie es wirkt. Aufreizend nämlich im höchsten Grade. Wohl sieht man noch in verschiedenen Schaufenstern Körbe mit Eiern stehen, aber der Preis den man für ein Ei fordert, beträgt nicht weniger als eine Mark. Und das in einer Zeit, wo doch erfahrungsgemäß die Eier am reichlichsten sind! Größere Familien, die nicht über bedeutende Glücksgüter verfügen, müssen auf Eier verzichten und zusehen, wie jetzt die Wohlhabenden im Eierüberfluß leben. Der Schrei nach dem „freien Handel" hat sich wenigstens in diesem Falle nur als ein Schrei der Besitzenden enthüllt, die sich jetzt auf Kosten der Armen an diesen Leckerbissen laben, von dem sie auflaufen soviel sie wollen. Das ist auch anderwärts so. Denn aus Schlesien wird berichtet:

> Nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft der Eier kommen zahlreiche Händler, namentlich aus Berlin und dem Westen, nach Schlesien, um hier alles aufzukaufen. Auf dem Lande und den kleinen Städten sind daher Eier sehr schwer oder gar nicht zu haben. Hier ist daher bereits eine große Erregung zutage getreten. Der Kreisernährungsausschuß des Kreises Landeshut hat daher zur Beseitigung neuer ernster Unzufriedenheiten auf einstimmigen Beschluß telegraphisch vom Reichsernährungsminister die Zurücknahme der Handelsfreiheit für Eier gefordert. Der eigene Bedarf ist auf diese Weise gar nicht mehr zu decken.

Die bürgerlich gerichtete „Schlesische Zeitung" meint, es handle sich hier nur um Kinderkrankheiten. Wir danken dafür. Lange genug haben wir an den volksaussaugenden Krankheiten gelitten. Das Uebel muß ausgerottet werden. Der Zweck des freien Han-

dels ergibt sich aus einer Zuschrift aus Gardelegen, in der es heißt: „Daß Hühner in zwei Tagen erstaunlich viel Eier legen können, ist vor ein paar Tagen bewiesen worden. Am 1. April kam der freie Handel und schon am 2. April stellten zwei Dorfbauern enorme Mengen Eier zum Verkauf. So verkaufte der eine Bauer 600, der zweite sogar 1100 Eier. Bekanntlich legen 20 Hühner in zwei Tagen keine 1100 Eier. Sie sind also in der Absicht, recht viel Geld herauszuschlagen, lange Zeit vor der Aufhebung der Eierbeschlagnahme gesammelt worden. Aus diesem Grunde und in Anbetracht der hohen Preise wurden die Eier beschlagnahmt. Im Kreise Gardelegen ist man wieder dazu übergegangen, Eier-Richtpreise festzusetzen."

Die Versammlung der Bürgerschaft am Montag, dem 14. April findet folgende Tagesordnung vor: I. Wahl eines Wortführers. II. Wahl der Kommission zur Vorprüfung des Senatsantrages, betreffend Aalstechen durch Travemünder Einwohner. III. Mitteilungen des Senates. IV. Anträge des Senates: 1. Einsetzung einer gemeinsamen Kommission des Senats und der Bürgerschaft. 2. Erklärung des 1. Mai 1919 zum gesetzlichen Feiertag. 3. Herstellung eines Hauptsieles in der Ratzeburger Allee. 4. Einbau von Kleinwohnungen in den Küchenräumen der alten Irrenanstalt. 5. Herstellung eines Sieles in Schlutup. 6. Nachbewilligung auf die Kosten für die Herstellung von Industriegelände in Vorwerk. 7. Verstärkung der Mittel für die Baubehörde. 8. Erlaß neuer Vorschriften über die Tagegelder und Reisekosten der lübeckischen Richter, der Staatsanwälte und der Gerichtsbeamten. 9. Gewährung einer Altersunterstützung an die Witwe des Kassenboten Karl Rohbra. 10. Erlaß eines Gesetzes, betreffend das Verfahren vor der Ablösungskommission. 11. Schaffung der Stelle eines neuen Mittelschulrektors und Bewilligung der Mittel für die III. Mädchen-Mittelschule für das Rechnungsjahr 1919. 12. Enteignung von Grundstücken für die Herstellung einer Gleisverbindung zwischen der Schlutuper Linie und dem Konstinplatz. 13. Enteignung von Landflächen für die Herstellung einer Gleisverbindung zwischen der Schlutuper Linie und dem Konstinbahnhof. 14. Verleihung des Enteignungsrechts an die Firma Villeroy u. Boch. 15. Bewilligung von Kosten für den Umbau und den Neubau von Arbeiterwohnungen auf verschiedenen Stadtgütern. 16. Gewährung eines Witwengeldes an die Witwe des Oberkontrolleurs der Lübecker Straßenbahn Johannes Willrath. 17. Erlaß eines fünften Nachtrages zum Einkommensteuergesetz vom 1. November 1913. 18. Fahrpreisermäßigung für Kriegsverletzte auf der Straßenbahn. 19. Gewährung einer Vergütung an die Mannschaft der Feuerwehr für Dienstleistungen an den wachfreien Tagen und Erhöhung des Stiefelgeldes. 20. Beihilfe an die Hydrobiologische Anstalt in Plön. V. Antrag von Bromme: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr unverzüglich eine Vorlage entgegenzubringen, nach welcher der 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird.

„Wir brauchen Ruhe und Ordnung heute fast noch notwendiger als das liebe Brot." Wenn Mehrheitssozialisten diese durchaus berechtigte und vernünftige Meinung aussprechen, so können sie sicher sein, daß gerade die Unabhängigen und Spartakisten sie deshalb mit den schlimmsten Verdächtigungen und Anwürfen belegen würden. Nun ist auch der Unabhängige Dr. Herz-Altona, der hier in Lübeck besonders scharf gegen die Führer der alten Partei zu Felde zog, zu dieser Erkenntnis gekommen. In einem kürzlich in der „Volkszeitung" erschienenen Artikel: „Am Scheidewege" sprach er von dem „auf die Dauer unerträglichen Kokettieren nach links". **„Gerade die unorganisierten Schichten,"** schreibt er, **„gebärden sich heute am radikalsten:** Lohnzulage oder wir gehen zu Spartakus! **Wir brauchen heute Ruhe und Ordnung fast noch notwendiger als das liebe Brot,** sonst verkommt das deutsche Volk, nach einem treffenden Wort des Genossen Ströbel, auf dem Schindanger der Weltgeschichte. Diese Ruhe und Ordnung kann aber nur geschaffen werden durch eine grundsätzliche und ehrliche sozialistische Politik." Das ist ganz unsere Meinung. Nur werden sich die Parteifreunde von Dr. Herz wenig nach dessen Mahnung richten!

Die Lohnbewegung der Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen. Am gestrigen Abend hielt der Buchbinder-Verband eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in welcher eingehend die Lohnbewegung besprochen wurde. Nachdem am 1. April zwischen der Freien Vereinigung der Buchbinder und dem Buchbinder-Verband die Lohnfrage zur beiderseitigen Zufriedenheit geregelt wurde, lehnten die Buchdruckereibesitzer bei einer am 10. April stattgefundenen Verhandlung es ab, den Buchbindergehilfen und -Arbeiterinnen einen Lohn zu bezahlen, der den heutigen Verhältnissen einigermaßen entspricht. Nach längerer sehr heftiger Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 10. April 1919 tagende sehr stark besuchte außerordentliche Versammlung aller in Buchdruckereien, Steindruckereien und Lichtdruckereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nehmen Kenntnis von den Verhandlungen mit den Buchdrucker-Prinzipalen und erklären an den Abmachungen der Freien Vereinigung der Buchbinder zu Lübeck unter allen Umständen festzuhalten. Der Gauvorstand, Vorstand und Lohnkommission werden beauftragt, vorstehende Vereinbarung unter allen Umständen durchzusetzen. Das Angebot von 6 Mk. für Gehilfen und 3 Mk. für Arbeiterinnen weist die Versammlung mit Entrüstung zurück. Von den Buchdruckereibesitzern wird erwartet, daß sie unseren gerechten Forderungen etwas mehr Verständnis entgegenbringen. Diese Forderungen sind folgende: 1. Für Gehilfen im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 49 Mk., 2. im 2. Jahre 55 Mk., 3. im 3. Jahre 65 Mark, 4. über 3 Jahre 72 Mk. Für alle übrigen 10 Prozent Zuschlag. Für Arbeiterinnen im ersten ½ Jahr 15 Mk., im zweiten ½ Jahr 20 Mk., über 1 Jahr 24 Mk., im zweiten Jahr 28 Mark, über zwei Jahre 30 Mk., nach 3 Jahren im Beruf 35 Mk. bei gleichartiger Beschäftigung.

Zur Speckeinfuhr.

In der Tagespresse ist bei Erörterung der bevorstehenden Speckeinfuhr auf das häufige Vorkommen von Trichinen im amerikanischen Speck hingewiesen worden. Hierzu ist zu bemerken, daß die Trichinen im Muskelfleisch ihren Sitz haben und daß deshalb der mit Muskelfleisch besetzte oder durchsetzte (durchwachsene) Speck vor der Ausgabe auf Trichinen untersucht werden muß, wodurch jede etwaige Gefahr der Trichinenübertragung beseitigt wird. Die für die Massenuntersuchung erforderlichen Vorbereitungen sind bereits getroffen. Der Speck, der zunächst zur Einfuhr gelangt, ist zum Teil gesalzen (trocken gesalzen) oder gepökelt und geräuchert. Natürlich könnte der gesalzene Speck nachträglich geräuchert werden, wenn eine Ausgabestelle Wert darauf legte, nur geräucherten Speck zur Ausgabe zu bringen. — Die Hauptsache ist, daß die Bevölkerung erst wirklich einmal Speck erhält.

Ausfall von Zügen. Von Sonnabend, den 12. April, ab fallen wegen Kohlenmangels, hervorgerufen durch die Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier vorübergehend wieder folgende, auch für den hiesigen Verkehr in Betracht kommenden Züge aus: Zug 653 a ab Kiel 1,34 nachmittags, an Hamburg 4,27 Uhr. — Zug 572 ab Hamburg 6,40 Uhr nachmittags, an Kiel 10,45 Uhr. — Zug 1304 ab Hagenow-Land 5,33 vormittags, an Neumünster 9,40 Uhr. — Zug 1307 ab Neumünster 11,55 vormittags, an Hagenow 3,36 Uhr nachmittags. — D 3 ab Altona 8,15 Uhr vormittags, an Berlin 1,40 Uhr nachmittags. — D 12 ab Berlin 6,50 vormittags, an Altona 11,51 vormittags. — T 311 ab Wittenberge 7,24 abends, an Neustadt 8,43 abends. — T 312 ab Neustadt 6,17 vormittags an Wittenberge 7,33 vormittags. — Zug 221 ab Lüneburg 5,54 vormittags, an Wittenberge 8,40 vormittags. — Zug 226 ab Wittenberge 1,08 nachmittags, an Lüneburg 3,42 nachmittags.

Zu Mitgliedern des lübeckischen Verwaltungsgerichts hat der Senat 1. wiedergewählt auf Vorschlag des Präsidiums des Landgerichts die Landgerichtsräte Mollwo, Schrader (1. Stellvertreter) und Dr. Pabst (2. Stellvertreter); 2. neugewählt auf Vorschlag des Bürgerausschusses den Gastwirt Gustav Ehlers, den Lagerhalter August Haut und den Gewerkschaftsbeamten Alfred Dreger.

Statistik der Warenausfuhr. Von der Handelskammer wird uns mitgeteilt: Nach der Verordnung vom 15. Januar über die Ausgestaltung der Statistik der Warenausfuhr unterliegen fortan auch die in eingeschriebenen Briefsendungen oder in Wertbriefen in das Ausland ausgehenden Waren ohne Rücksicht auf das Gewicht der Anmeldepflicht. Als Waren in diesem Sinne sind Wertpapiere nicht anzusehen. Als statistische Anmeldescheine dienen künftig bei allen Arten von Postsendungen, also auch bei Paketen und Wertkästchen nach dem Auslande, nicht mehr die grünen Doppel der Zollinhaltserklärungen, sondern förmliche statistische Anmeldescheine. Diese sind bei Paketen und Kästchen mit Wertangabe den sonstigen Begleitpapieren beizufügen, bei eingeschriebenen Briefsendungen und Wertbriefen aber mit den Sendungen am Postschalter abzugeben. Die aus Anlaß des Krieges für Pakete nach dem Auslande eingeführten besonderen Ausfuhrerklärungen auf grünen Vordrucken zu Zollinhaltserklärungen sind auch weiterhin erforderlich, können aber fortan auch auf Vordrucken zu statistischen Anmeldescheinen ausgestellt werden. Ueber die weiteren Einzelheiten der Neuerung erteilen die Postanstalten Auskunft.

Notgeld der Stadtkasse. Die Einlösungsfrist für die von der Stadtkasse in Lübeck ausgegebenen Scheine zu 20, 10 und 5 Mk läuft nach der Bekanntmachung vom 11. März am 15. April d. J. ab. Die Einlösungsfrist der Scheine zu 50 Mk. ist bereits am 28. Februar d. J. abgelaufen. Ausnahmsweise werden auch diese Scheine noch bis zum 15. April d. J. bei der Stadtkasse umgetauscht.

Frauenhaare für den Wiederaufbau der Arbeit. Die Kriegs-Brockensammlung veranstaltet in der Zeit vom 14. bis 28. April eine Haarsammlung. Sie wird hierzu veranlaßt durch die Not der Uebergangswirtschaft, die das wirtschaftliche Leben des Vaterlandes auf die schwerste Belastungsprobe stellt. Die Kriegs-Brockensammlung vergütet für je 100 Gramm 70 Gutscheine. Wer der Sammelstelle Solspeicher ein halbes Pfund Haare abliefert, erhält ein halbes Pfund Honig. Jedem Sammler wird ein Freilos ausgehändigt, durch das er Lebensmittel, Schulsachen und andere nützliche Gegenstände erwerben kann. Auf schriftliche oder telephonische Mitteilung (8718) werden ausgekämmte Haare aus den Haushaltungen abgeholt. Das in den nächsten Tagen erscheinende Sonderplakat der Kriegs-Brockensammlung wird allgemeiner Beachtung empfohlen.

Der Zweigverein Lübeck des deutschen Bankbeamtenvereins billigte in einer Versammlung ausdrücklich den Generalstreik der Berliner Kollegen und erklärte, daß er sich seinerseits bei weiterer Weigerung der Berliner Bankenvereinigung ebenfalls Maßnahmen am hiesigen Platze vorbehalte, um die Berliner Kollegen in ihren berechtigten Ansprüchen zu unterstützen.

Gewerkschaftshaus-Baukommission. Sitzung morgen Sonnabend, den 12. April, abends 7½ Uhr.

Vorträge für Arbeiter. Seit Einführung des 8-Stunden-Tages werden für die Arbeiter der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft unter Leitung des Herrn Direktor Dr. Fischer und Mithilfe der Herren Ingenieure Grove und Boehme Lehrvorträge über Naturkunde, Gewerbekunde und Wirtschaftslehre veranstaltet. Neben diesen Lehrvorträgen sind auch Vorträge über Kunst und allgemeine Wissenschaften geplant, von welchen der erste am 15. April, abends 8 Uhr, im Saale der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit stattfindet. Herr Direktor Dr. Rosenthal hat gerne der Einladung Folge geleistet und wird über „Goethe und die Kunst" sprechen.

Das nächste volkstümliche Konzert am Montag, den 14. April im Stadttheater findet unter der Leitung des Kapellmeisters Huber Anderach aus München statt, welcher als 1. Probedirigent u. a. Beethoven, Coriolan-Ouvertüre — Brahms, Sinfonie F-dur und Liszt, Rhapsodie dirigieren wird.

Den Ankauf einer Ablaßbulle aus dem Jahre 1515 für das ehemalige St. Annenkloster beschloß der Bürgerausschuß auf Antrag des Senates. Die interessante, mit vielen Siegeln behangene Urkunde wird vom Staatsarchiv zum Preise von 5287 Mark erworben.

Die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft schlägt für das am 31. Dezember abgelaufene Geschäftsjahr 1918 die Verteilung einer Dividende von 6 Prozent (im Vorjahre 8 Proz.) vor.

Die Fürsorge für deutsche Kriegsgefangene, Breite Straße 27, ist vom 14. bis einschl. 21. April geschlossen.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Gesundheitsamte im Monat März in 79 Fällen gemeldet. Davon betrafen 64 Fälle (5 tödlich verlaufen) Diphtherie, 11 Scharlach, 3 Typhus, 1 Masern.

Eutin. Kein Gas mehr! Wie der Magistrat bekannt gibt, ist er infolge Mangels an Kohlen durch die Streiks in den Bergwerken des Ruhrgebiets gezwungen, die Gasabgabe bis auf weiteres gänzlich einzustellen; ferner ist es nur bei äußerster Sparsamkeit möglich, noch die Abgabe von Wasser aufrecht zu erhalten, da bekanntlich die Maschinerie des Wasserwerks durch einen Gasmotor getrieben wird. Wie bereits weiter gemeldet wird, ist auch der Eisenbahnverkehr infolge des Kohlenmangels bereits eingeschränkt. Welche Folgen sich weiter auch im gewerblichen Leben unserer Stadt zeigen werden, läßt sich noch nicht übersehen.

Hamburg. Ueber die Neuregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Baugewerbe berichtete in einer Versammlung der Bauarbeiter der Vorsitzende Genosse Möller. Wie er hervorhob, haben die Unternehmer diesmal, namentlich in bezug auf die Lohnfrage, großes Entgegenkommen gezeigt. Der Stundenlohn für die Hauptberufe, Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter ist um 50 Pfg., also von 1,90 Mk. auf 2,40 Mark erhöht worden. Außerdem ist die Spannung zwischen den Löhnen der Hauptberufe und denen der Nebenberufe, wie Plattenansetzer, Betonarbeiter usw., bis auf 10 Pfg. für die Stunde herabgesetzt worden, so daß nur für einzelne dieser Berufe die bewilligte Lohnerhöhung bis zu 80 Pfg. für die Stunde beträgt. Weniger entgegenkommend haben sich die Unternehmer bei der Festsetzung der Löhne für Lehrlinge und Jugendliche und der Entschädigung für Fahr- und Wegezeit bei schwer erreichbaren Arbeitsstätten gezeigt. Trotzdem diese Forderungen der Arbeiter abgelehnt wurden, empfehle der Vorstand, ihn zu ermächtigen, auf Grund dieser Abmachungen einen Tarifvertrag mit dem Baugewerbeverband abzuschließen. — Ein Kind totgefahren. Beim Ueberschreiten des Fahrdammes in der Albertstraße wurde das dort spielende fünfjährige Mädchen Erna Schröder von einer Kraftdroschke zu Boden gestoßen und überfahren. Das Kind wurde auf der Stelle getötet.

Schwerin. Tarifabschluß in der Landwirtschaft für Mecklenburg-Schwerin. Durch die Gauleitung Rostock des Deutschen Landarbeiter-Verbandes wurde für Mecklenburg-Schwerin ein Lohntarif für die Landwirtschaft abgeschlossen. In diesem Tarif ist das Mindestjahreseinkommen für Landarbeiter auf 2350 Mk. festgelegt. Die Arbeitszeit beträgt in den Wintermonaten 8 Stunden, in den 8 Frühjahrs- und Sommermonaten 10 Stunden. Es bedeutet dies einen Fortschritt gegenüber der Landarbeitsordnung, nach der in 4 Sommermonaten der Elfstundentag zulässig ist. Bei Mitarbeit der Landarbeiterfrauen werden diese 5 Monate mit [illegible] Pfg. und 7 Monate mit 45 Pfg. pro Stunde entlohnt. In der obigen Jahressumme von 2350 Mk. sind natürlich die üblichen Gewährungen an Naturalien entsprechend den gegenwärtigen Höchstpreisen eingerechnet. Die Organisation der Landarbeiter hat in Mecklenburg in den letzten Wochen und Monaten erhebliche Fortschritte gemacht.

Kiel. Die Stadtkollegien beschlossen auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, eine Kommission einzusetzen mit der Aufgabe, die Ueberführung der Verkehrsmittel und der wichtigsten Lebensmittelbetriebe in Gemeinwirtschaft auf den gegebenen Grundlagen zu prüfen und in die Wege zu leiten. Die Kommission soll aus 2 Magistratsmitgliedern, 7 Stadtverordneten, sowie 6 bürgerlichen Mitgliedern, darunter 3 Angehörigen des Arbeiterrats, bestehen. Die Angelegenheit der Ueberführung der Verkehrsmittel wurde an die Kommission für den Ankauf der elektrischen Straßenbahn verwiesen.

Bremen. Generalstreikbewegung in Bremen. Die zweite Sitzung der Bremischen Nationalversammlung nahm einen stürmischen Verlauf. Die kommunistische Partei hatte beantragt, über die Punkte 4 und 5 der Tagesordnung betreffs Aufhebung des Belagerungszustandes und Entfernung der Regierungsschutztruppe aus der Börse an erster Stelle zu verhandeln. Der Redner der kommunistischen Partei benutzte diese Gelegenheit zu einer Obstruktionsrede, in der er jedoch nicht zum Geschäftsordnungsantrag sprach, sondern eine sachliche Begründung des materiellen Antrages gab. Der Redner mußte mehrere Male zur Ordnung gerufen werden, ließ sich aber dadurch und durch den fortwährenden Lärm der Versammlung nicht beeinflussen. Die Sitzung wurde dreimal vertagt. Der kommunistische Redner nahm jedoch immer wieder das Wort und ließ keinen anderen Redner zu Worte kommen. Als schließlich der kommunistische Antrag auf Umgehung der Geschäftsordnung abgelehnt worden war, verließen die Kommunisten unter großem Lärm den Saal. Ihnen schlossen sich später die Unabhängigen an. Nach Wiedereintreten der Ruhe wurden die drei ersten Punkte der Tagesordnung angenommen. Die Anträge auf Aufhebung des Belagerungszustandes und Entfernung der Regierungsschutztruppe wurden dagegen abgelehnt. Danach wurde seitens eines Mitgliedes der provisorischen Regierung mitgeteilt, daß für Mittwoch der Generalstreik für Bremen geplant gewesen sei, daß dieser jedoch an der Haltung der Eisenbahner, die sich an einem politischen Generalstreik nicht beteiligen wollen, scheiterte. Man beabsichtigt nunmehr, den Generalstreik für Anfang nächster Woche zu proklamieren.

Theater und Musik.

Stadttheater. Bühnenjubiläen gehören in Lübeck zu den Seltenheiten, weil gerade an mittleren Theatern die Künstler in der Regel nicht alt werden. Wenn gestern abend dennoch ein solches Jubiläum an unserer Bühne gefeiert werden konnte, so deshalb, weil man einem außerhalb des Kreises unseres ständigen Personals stehenden Schauspieler Gelegenheit dazu gab. Herr Ernst Albert, der nunmehr 40 Jahre lang von den weltbedeutenden Brettern das Publikum der verschiedensten Städte entzückt, ergriffen und erheitert hat, sich nebenbei auch als Naturkundiger Verdienste erwarb, stark besuchte Vorträge veranstaltete und sich sowohl als Künstler wie als Mensch einen großen Freundeskreis schuf, spielte, wie schon so oft, den Striese in dem bekannten Schwank „Der Raub der Sabinerin". Eigentlich trifft es nicht ganz zu, wenn man sagt, daß er den Striese spielte, denn tatsächlich lebt er ihn und man glaubt ihm das auch. Sein Schmierendirektor hat bei aller Komik echt menschliche Züge. Eine Fülle von Blumen und anderen Spenden dankte dem Jubilar für viele der heiteren Stunden, die seine Kunst andern schenkte. Das Publikum blieb solange, bis Albert eine launige Rede hielt. Die übrigen Mitwirkenden bemühten sich, den Schwank möglichst lustig wiederzugeben, voran Fräul. Hohlfeld als Dienstmädchen. Das Haus war gut besucht.

Neueste Nachrichten.

Für die Regierung Hoffmann.

Stuttgart, 11. April. Die Garnisonen von Reutlm, Dillingen, Neuburg sowie Nord- und Westschwabens stehen hinter der Regierung Hoffmann.

Die Pariser Verhandlungen.

Amsterdam, 11. April. Nach Pariser Berichten hat das Ultimatum Wilsons, sich von der Konferenz zurückzuziehen, falls die Hindernisse gegen die Fortsetzung der Verhandlungen nicht aus dem Wege geräumt würden, zur Folge gehabt, daß die Besprechungen beschleunigt und beträchtliche Fortschritte erzielt wurden.

Die Bergarbeiterabstimmung in England.

Amsterdam, 11. April. Das Ergebnis des ersten Abstimmungstages unter den Bergarbeitern ergab 20 000 Stimmen für und 2300 gegen die Annahme des Regierungsentwurfs.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Parteipolitik und Kunst.

In mehreren hiesigen Blättern, die politisch rechts stehen, haben anonyme Artikelschreiber wiederholt ihre Mißbilligung über künstlerische Veranstaltungen im Stadttheater ausgesprochen, in denen sie wohl mit Recht den von ihnen so sehr geliebten alten reaktionären Geist vermißten. Herr Friedrich Neubauer, der treffliche Künstler unserer städtischen Bühne, der gerade durch diese Vorstellungen das Verständnis des Publikums für moderne Dichter und ihre Werke gefördert hat, ersucht uns nun um Abdruck folgender Zuschrift:

Ein- und damit für allemal erkläre ich in Beantwortung aller gegen meine Vorträge gerichteten „Eingesandts", die bisher in den „Lübeckischen Blättern" und in den „Lübeckischen Anzeigen" erschienen sind, daß es mir von jeher ferne lag, parteipolitische Tendenzen meinen einleitenden Vorträgen zu den von mir geleiteten Sonntagsvormittagsvorstellungen (Kammerspiele) zugrunde zu legen. Art und Weise meines Vortrages muß einzig und allein mir überlassen bleiben und es bleibt ausschließlich mir vorbehalten, inwiefern und inwieweit ich die Persönlichkeit des jeweiligen Dichters, dem diese Kammerspiele gewidmet sind, in das Verhältnis zur gegenwärtigen Zeit zu setzen gedenke. Wem es nicht paßt, der braucht ja meine Vorträge nicht zu besuchen oder mag das Theater wieder verlassen. Es wird dies niemandem angenehmer sein als mir selbst.

Der Kernpunkt dieser nun nachgerade schon unheilbar gewordenen Eingesandtepidemie, die sich in Lübeck besonderer Beliebtheit zu erfreuen scheint, dürfte aber ein höchst bedauerliches, jedes freie künstlerische Schaffen gefährlich bedrohendes Familien- und Cliquenwesen sein, demgegenüber für einen abwehrenden Zusammenschluß der schöpferischen Geistes tätigen Männer Lübecks mit aller Kraft eingetreten werden muß.

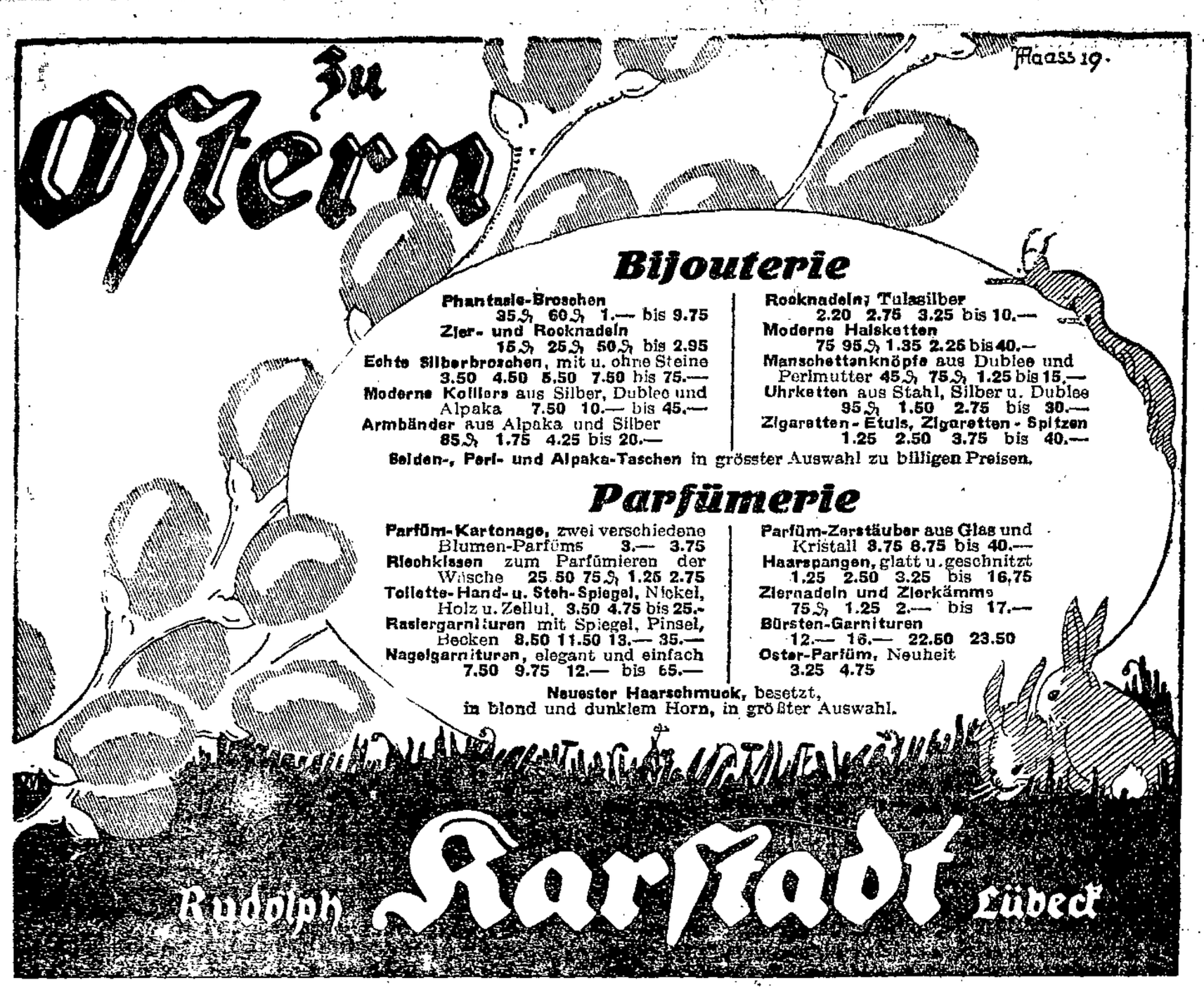
Achtung und Respekt vor allem dem ehrlichen freien Schaffen des Künstlers, an dessen Arbeit die tiefste und ehrlichste Begeisterung seines Lebens hängt.

Fast scheint es mir jedoch, als wollten gerade die Einsender mit ihren Aeußerungen, die mit dem Wesentlichen meines Vortrages in gar keinem Einklang stehen, ihre persönlich politische Ueberzeugung hervorkehren. Dazu gebrauche ich keinen Vortrag. Wenn sie das wollen, erkläre ich ihnen unumwunden, daß ich als Künstler Anarchist, als Bürger jedoch ein Sozialist bin, der jederzeit für die Interessen des geistigen und werktätigen Proletariats einstehen wird.

Friedrich Neubauer.

Lübeck, den 9. April 1919.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck



Achtung!

Deutsch. Bauarbeiterverbd.

Bezirksverein Lübeck.

Am Sonntag, dem 13. April, von morgens 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr finder die **Delegiertenwahl** zum Verbandstag statt:

Innere Stadt:	**Gewerkschaftshaus,** Johannisstr.	
Mühlentor:	Restaur. **Schöning,** Ratzeb. Allee	
Burgtor:	„ **J. Grohl,** Kottwitzstr.	
Holstentor:	„ **Storch,** Friedenstraße	
Fackenburg:	„ **Paetau**	
Schwartau:	„ **Sülze,** Rensefeld	
Travemünde:	„ **Möller,** Torstraße	
Rückniß:	„ **Haase**	
Schlutup:	„ **Sabarowski**	
Selmsdorf-Herrnburg-Palingen:	„ **Dechow,** Herrnburg	
Moisling:	„ **Meyer**	

In Schwartau findet eine Versammlung um 10 Uhr vorm. statt.

Es ist Pflicht aller Kollegen, sich an der Wahl, resp. Versammlung zu beteiligen. Mitgliedsbuch legitimiert.

577) **Der Bezirksvorstand.**

Frauenhaare für den Wiederaufbau der Arbeit!

Wir veranstalten in der Zeit vom 14. bis 28. April 1919 eine

Haar-Sammlung.

Wir vergüten für je 100 g 70 Gutscheine. Wer ½ Pfund Haare einliefert, erhält ½ Pfund Honig. Jeder Sammler erhält ein Freilos; verlost werden Lebensmittel, Schuhsachen u. nützliche Gegenstände.

Auf schriftliche oder telephonische Mitteilung (Nr. 8718) lassen wir ausgekämmte Haare aus den Haushaltungen abholen.

Kriegs-Brockensammlung

Sammelstelle Salzspeicher. 568

Aufruf

betrifft den Handel mit Eiern.

Nach Freigabe des Handels mit Eiern werden von Hühnerhaltern auf dem Lande Preise von 75 Pfg. bis 1.— Mk. für das Ei verlangt. Dem Vernehmen nach werden nicht selten noch erheblich höhere Beträge angeboten und entgegengenommen. Das erregt den stärksten Unwillen weiter Volkskreise.

Landwirtschaftliche Sachverständige bestätigen, daß ein **50 Pfg.** übersteigender Preis für das Ei bei Abgabe durch den Hühnerhalter keineswegs mehr angemessen ist. Wer einen höheren Preis fordert, der versündigt sich am Vaterlande.

Auch die Bereitwilligkeit derer, die höhere Preise anlegen können und wollen, darf die Hühnerhalter nicht verleiten, sich höhere Preise zahlen zu lassen, denn die Folge würde sein, daß Eier nur noch zu den höheren Preisen abgegeben werden und dadurch für einen großen Teil des Volkes nicht mehr erhältlich sind.

Die Not des Vaterlandes ist groß. Wer diese Not, wer insbesondere den Mangel an Lebensmitteln ausnutzt, um sich unangemessene Preise zahlen zu lassen, dessen Tun ist verächtlich.

An alle Hühnerhalter, insbesondere die ländlichen, ergeht daher

die dringende Mahnung:

Haltet Maß in der Preisberechnung,
begnügt Euch mit einem angemessenen Nutzen,
nehmt selber Stellung gegen Wucherpreise, damit auch auf anderen Gebieten die dem freien Handel gezogenen Schranken alsbald fallen können.

Lübeck, den 10. April 1919. 562

Der Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilmachung.
Dr. Link.

Die Mitglieder des landwirtschaftlichen Ausschusses bei dem Demobilmachungskommissar.

Landmann **Henk.** Landarbeiter **Brede.**
Geschäftsführer **Peckelhoff.** Landarbeiter **Feddern.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Versammlung

der Arbeiterausschüsse sämtlicher Betriebe der Metallindustrie

am Sonnabend, dem 12. April 1919
abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Tagesordnung:

Stellungnahme zur Neuwahl des Arbeiterrats.

576) **Die Ortsverwaltung.**

Begrüßungs-Ball

unserer heimgekehrten Krieger

am Sonnabend, dem 12. April, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50—52. Eintrittskarten für Herren 2,00 Mk., Damen 1,00 Mk. sind an der Kasse zu haben.

Deutscher Buchbinder-Verband,
Zahlstelle Lübeck.

554) Karten im Vorverkauf im Gewerkschaftshaus.

Gewerkschaftshaus.

560

Jeden Abend von 6—8 Uhr:

Abendstamm.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Ortsgruppe Schlutup.

Mitglieder-Versammlg.

am Sonnabend, dem 12. April
abends 7½ Uhr
im Lokale von A. Sabarowski
(Gasthof zur Linde) in Schlutup.

548) **Der Vorstand.**

Moisling.

Versammlung

der

sozialdemokratischen Frauen
am Sonnabend, dem 12. April
abends 8 Uhr
im Kaffeehaus (H. Siemers).

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Um zahlreichen Besuch bittet

561) **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Fleischer

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlg.

am Sonnabend, dem 12. April
abends 7½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
Verbandstag.
Maifeier.
Arbeiterratswahlen.

Jedes Mitglied muß erscheinen.
Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

566) **Der Vorstand.**

Arbeiter-Turnverein Rückniß

und Umgegend.

Außerordentliche

General-Versammlung

am Sonnabend, dem 12. April
im Lokale des Turngenossen
W. Dieckelmann.

Tagesordnung:
1. Neuwahl des Vorstandes.
2. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen ist dringend erwünscht

575) **Der Vorstand.**

Gasthof zur Post

Schlutup. 547

Sonnabend, den 12. April:

Tanz.

Verein der Musikfreunde

22. volkstüml. Konzert

Montag, d. 14. April 1919
abends 7½ Uhr, im Stadttheater.
Leitung: **Huber Anderach**
als Probedirigent.

U. a. Beethoven-Coriolan-Ouverture. Brahms-Sinfonie F-dur Liszt-Rhapsodie. (557

HANSA THEATER

Sonnabend:

Die Fahrt ins Glück.

Operette von J. Gilbert.
Sonntag: (559
Die Fahrt ins Glück.

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19. 569

Freitag, den 11. April:
1. Gastspiel Kammersänger Bohnen vom Staatsopernhaus in Berlin:

Margarete.

Oper in 5 Akten von Ch. Gounod.
Mephisto: **Michael Bohnen.**

Sonnabend, den 12. April:

Der Troubadour

Manrico: Kurt Wollram vom Stadttheater in Dessau als Gast auf Engagement.

Sonntag, den 13. April:
nachmittags 3 Uhr:

Im weißen Rößl.

Siedler: Herr Karl Moran als Gast.

Abends 7 Uhr:
2. Gastspiel Kammersänger **Michael Bohnen.**

Die verkaufte Braut.

Keczal, Heiratsvermittler: Michael Bohnen.

Dienstag, den 15. April:
Zum letzten Male!

Ilsebill.

Beilage zu Nr. 86.
26. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Freitag, den 11. April 1919

Politische Rundschau.

Deutschland.

Scheidemann über den äußeren und inneren Frieden. Aus Kassel berichtet die „Vossische Ztg.": Gegenüber einer Abordnung des Kasseler A.- und S.-Rates, der eine rein sozialistische Regierung forderte, äußerte sich Scheidemann dahin, daß es zweckmäßig sei, den bürgerlichen Parteien die Verantwortung für den Frieden, den sie mitverschuldet haben, auch mit aufzubürden, denn sonst würde von dieser Seite die Sozialdemokrate für den kommenden schweren Frieden allein verantwortlich gemacht werden. Scheidemann erklärte weiter, er persönlich wolle kein Hinderungsgrund der Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien geben, wenn die Massen des Volkes es verlangten, daß er von seinem Posten scheide. Aber das Feld einer Handvoll Schreiern zu räumen, habe er keinen Anlaß. Scheidemann erklärte dann zum Schluß, daß die Demokratie die Grundlage für die Vereinigung bilden müsse, nicht aber eine Diktatur, welcher Art auch immer.

Die Abbeförderung ausländischer Arbeiter in Deutschland macht nach den Angaben der Deutschen Arbeiterzentrale Fortschritte. Von 229 136 in den Berichtsbezirken der Zentrale anwesend gewesenen ausländischen Arbeitern sind in der Zeit vom 15. Dezember 1918 bis zum 15. März 1919: 109 000 abbefördert worden, während etwa 95 000 eigenmächtig abgereist sind. Für den Transport zur Abbeförderung gemeldet waren ab 16. März etwa 5000, so daß zirka 20 000 Personen auf den Arbeitsplätzen verbleiben.

Eine Kundgebung der Kriegsbeschädigten war in Berlin geplant. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen erklärt, daß er zwar dem Demonstrationsplan gegen die Regierung fern stehe, er hält es jedoch für seine Pflicht, in der Oeffentlichkeit mit aller gebotenen Schärfe zu betonen, daß die Regierung nicht alles getan, um den Vorwand für solche Demonstrationen zu nehmen. Die Ende Dezember 1918 bewilligten Teuerungszulagen und Erweiterungen der Verstümmelungszulagen sind bis heute zum größten Teil noch nicht zur Auszahlung gelangt. Auf diese Teuerungszuschläge werden auch diejenigen vom Juli 1918 angerechnet, was große Erbitterung hervorruft. Von der Inangriffnahme der Reformen des Mannschafts-Versorgungsgesetzes und des Militär-Hinterbliebenengesetzes verlautet nichts. Die Kriegshinterbliebenen hat man mit einer einmaligen Zulage im Monat Februar abgespeist, obwohl eine laufende Erhöhung der Bezüge unumgänglich notwendig ist. Die Lösung seitens des Kriegsministeriums ist einem gänzlich ungeeigneten feudalen Herrn v. Schmettow übertragen und für das Versorgungs-Departement wird ein Offizier nach dem andern ernannt, die ohne jede sachliche Vorkenntnis sich einfach in diesen Posten setzen und die Sekretäre und Beamten nach dem alten Stil weiterarbeiten lassen. In der ganzen Fürsorge ist den Vertretern der Organisation nur ein bescheidener Einfluß eingeräumt, und die alten Wohlfahrts-Damen und -Herren läßt man nach wie vor schalten und walten. Ein wirksamer Einstellungszwang zugunsten der Kriegsbeschädigten wird immer noch verzögert. Nach Ausführung weiterer Beschwerdepunkte warnt der Reichsbund seine Kameraden vor unüberlegten Demonstrationen. Aber in der Verfechtung ihrer sachlich berechtigten Ansprüche werde der Reichsbund rückhaltlos auf ihrer Seite stehen.

Braunschweig.

Aus Braunschweig wird berichtet, daß eine Volksversammlung auf dem Schloßplatz abgehalten wurde, wo Merges mitteilte, daß der Landes-Arbeiterrat dem Landtag ein Ultimatum gestellt habe, ob er alle Macht an den Landes-Arbeiterrat abzutreten bereit sei. Wenn der Landtag dieser Forderung nicht entspreche, dann sei er erledigt. Merges schwindelte dann der Menge vor, es seien heute 37 Großstädte Deutschlands zugunsten des Rätesystems in den Ausstand getreten. Spätestens am Sonnabend soll die Räterepublik Braunschweig proklamiert werden.

Schweiz.

Aristokratische Umtriebe. Die „Berner Tagwacht" berichtet über das Treiben der in der Schweiz eingetroffenen österreichischen Aristokraten, die zusammen mit dem von englischer Seite unterstützten früheren Kaiser Karl von der Schweiz aus mit allen Mitteln den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland verhindern und den österreichischen Kaiserthron wieder aufrichten wollen. Im Hintergrunde ständen die englischen Imperialisten, deren Absicht auf die Abschnürung Deutschlands und dessen Kaltstellung im Welthandel gehe.

Wirtschaftsabkommen. Der Schweizer Bundesrat hat das Wirtschaftsabkommen mit Frankreich genehmigt. Danach ist die Schweiz verpflichtet, Frankreich bis zum Herbst 25 000 Stück Vieh zu liefern, hiervon 5000 noch im Frühjahr. Die Schweiz erhält als Gegenleistung Kohle und Futtermittel.

Frankreich.

Die Jaurès-Kundgebungen in Paris. Ueber die Jaurès-Kundgebungen der Pariser Sozialisten durfte die Presse 36 Stunden nichts melden. In einigen Straßen wurden Trikolore-Fahnen, die aus dem Fenster hingen, von Demonstranten mit Steinen beworfen und heruntergerissen. Es wurden schwarze Fahnen aufgepflanzt, die das Zeichen des Bolschewismus sein sollen. Polizisten, die diese Fahnen entfernen wollten, wurden mit Messern angegriffen und zum Teil sehr schwer verwundet. Nach dem „Temps" wurden überall Hochrufe auf Lenin und Cottin, den Attentäter auf Clemenceau, laut. In der Avenue Malakoff kam es zu einem sehr ernsten Zusammenstoß. Die Polizei wurde umzingelt und mußte Verstärkung heranrufen. Die Menge riß die Verschlußstücke der Straßenkanalisation heraus und bombardierte damit die Polizei. Der Chef der Stadtpolizei wurde im Gesicht verwundet. An der Büste Jaurès hatte man eine Tafel angebracht, die einen Satz aus einer alten Rede Clemenceaus enthielt. Die Polizei entfernte die Tafel, weil dieser Satz aufreizend sei.

Belgien.

Die Not in Belgien. Wie aus Paris gemeldet wird, hat Vandervelde über die Lage in Belgien erklärt, daß das Land vor einer Katastrophe stehe. 74 000 Arbeiter seien vollständig beschäftigungslos, sodaß der Staat ihnen sowie ihren Familien, insgesamt 2 400 000 Personen, Unterstützungen zahlen muß. Sie erhalten 1½ Franken pro Tag, was bei weitem nicht ausreicht, um sich zu ernähren. Nur die Kohlenindustrie konnte bisher wieder in Gang kommen. Sonst ist die ganze Industriegegend des Landes durch die Invasion des Feindes stark geschädigt worden. Vandervelde weist auf die dringende Notwendigkeit hin, Belgien schleunigst in tatkräftigster Weise zu unterstützen. Man müsse sonst befürchten, daß das Volk durch den Hunger zur Verzweiflung getrieben, zu Gewalttaten schreiten werde.

Kleine politische Nachrichten.

Aus Mannheim meldet der „Lokal-Anzeiger", daß alle drei sozialistischen Parteien ein gemeinsames Programm aufgestellt hätten und die gesamte Arbeiterschaft auffordern, im Sinne des Programms auf die Führer einzuwirken.

Die Franzosen haben angekündigt, daß sie am Sonnabend Griesheim besetzen würden, um ein Uebergreifen der bolschewistischen Bewegung auf den Kreis Höchst zu vermeiden. Mit dem Ausstand in der Fabrik Elektron hat diese Maßnahme nichts zu tun.

16 Milliarden Verlust.

In vielen Orten Deutschlands loht die Streikflamme. Die Arbeiterschaft wird verhindert, neue Werte zu schaffen. Im Ruhrgebiet werden jeden Tag Millionen von Mark verstreikt. Das einzige Zahlungsmittel, das wir für das Ausland haben, die Kohle, wird nicht mehr produziert. Aber wir sollen damit die Lebensmittel bezahlen, die wir so dringend nötig haben. Wenn wir sie nicht mit Kohlen bezahlen können, bekommen wir sie nicht. Infolge der Streikunruhen sinkt der Wert des deutschen Geldes im Ausland von Stunde zu Stunde. In Dänemark haben 112 Mark deutschen Geldes nur noch den Wert von 33,25 Kr., in Stockholm den Wert von 31,50 Kr. In der Schweiz, wo vor wenigen Tagen noch für einen Kaufpreis von 80 Mark 197,50 Mark bezahlt worden sind, müssen heute für diesen Betrag bereits 234 Mark bezahlt werden. Das heißt, das deutsche Geld ist auf rund 25 Prozent seines Wertes gesunken. In diesen Streiktagen beträgt der Kursverlust pro 80 Mark 36,50 Mark. In Deutschland haben wir zurzeit etwa 35 Milliarden Papiergeld im Verkehr. Auf 80 Mark haben wir in wenigen Tagen 36,50 Mark an Wert verloren, also auf 100 Mark 45,72 Mark. Gemessen an dem Stand unseres Geldes in der Schweiz, haben wir also durch die fürchterliche Beunruhigung unserer Wirtschaft durch das Generalstreikfieber, in das unsere Arbeiterschaft jeden Tag von neuem gehetzt wird, in wenigen Tagen 15 913 750 000 Mark verloren.

Das ist geradezu fürchterlich. Wer will die Verantwortung dafür übernehmen? Das muß zum Zusammenbruch führen. Die Lebensmittelpreise werden ins Ungeheure steigen, wenn das so fort geht. Was wir vor 10 Tagen in der Schweiz an Lebensmitteln noch für 100 Mark bekommen haben, müssen wir heute schon mit 245,73 Mark bezahlen.

Volk ermanne dich! Laß dich nicht wehrlos ins Elend treiben. Den Streikhetzern muß die schärfste Antwort gegeben werden. Sie sind die Schädlinge unseres Volkes!

Aus der Partei.

Die Tagesordnung der Internationalen Konferenz. Der Kopenhagener „Sozialdemokraten" veröffentlicht die Einladung, welche die dänische Partei zu der Internationalen Konferenz am 25. April in Amsterdam erhalten hat. Die Tagesordnung lautet: 1. Untersuchung der auf der offiziellen Friedens-Konferenz in Paris gefaßten Beschlüsse. 2. Durchführung der Beschlüsse der Berner Konferenz. 3. Lösung der nationalen und territorialen Fragen, die in Bern nicht entschieden sind. 4. Vorberatungen der großen sozialistischen Konferenz im August. 5. Fragen der Arbeiter- und sozialistischen Presse.

Aus Nah und Fern.

In der Wiener Staatsdruckerei wurde ein großer Schwindel aufgedeckt, der einen Millionenbetrag erreicht hat. Der Täter, Vizedirektor Hesse, hat gemeinschaftlich mit seiner Frau zahlreiche Paket- und Postwertzeichen verschwinden lassen, besonders hatte er es auf Fehldrucke abgesehen, die in Sammlerkreisen sehr begehrt sind.

Die Exkönigin von Portugal bestohlen. Wie aus London gemeldet wird, wurde die Exkönigin Amelia von Portugal, die Mutter des Königs Manuel, in ihrem Palais zu Richmond durch Diebstahl ihrer ganzen Juwelen beraubt. Der Wert der gestohlenen Schmucksachen bestand in Andenken und Geschenken von König Georg und anderer Fürstlichkeiten.

Weitere Plünderungen in Magdeburg. Wie das städtische Lebensmittelamt mitteilt, kam es in der vorletzten Nacht zu neuerlichen Plünderungen im städtischen Lebensmittellager, so daß die Verteilung der dort lagernden Lebensmittel an die Bevölkerung unmöglich geworden ist.

Neue vulkanische Ausbrüche. Aus Neapel wird gemeldet, daß ein neuer gewaltiger Ausbruch des Vesuv erfolgte. Die Naturerscheinung bietet einen schauerlichen, großartigen Anblick. Nach Blättermeldungen aus Rio de Janeiro fand bei Palmeira ein vulkanischer Ausbruch statt. Es öffnete sich in einer Gegend, wo bisher keine Eruptionen stattgefunden hatten, ein Krater von zwei Kilometer Durchmesser. Eine Anzahl Personen ist umgekommen.

Der Schimmelreiter.

Novelle von Theodor Storm.

15. Fortsetzung.

„Das hört ich nicht; vielleicht weil er gerade durchgeht; die Spülung ist zu stark." — Eine Erinnerung überkam sie, und ein fast schelmisches Lächeln brach aus ihren ernsten Augen: „Als ich Kind war," sprach sie, „hörte ich einmal die Knechte darüber reden; sie meinten, wenn ein Damm dort halten solle, muß was Lebendiges da hinein geworfen und mit verdämmt werden; bei einem Deichbau auf der andern Seite, vor wohl hundert Jahren, sei ein Zigeunerkind verdämmet worden, das sie um schweres Geld der Mutter abgehandelt hätten; jetzt aber würde wohl keine ihr Kind verkaufen!"

Hauke schüttelte den Kopf: „Da ist es gut, daß wir keins haben; sie würden es sonst noch schier von uns verlangen."

„Sie sollten's nicht bekommen!" sagte Elke und schlug wie in Angst die Arme um ihren Leib.

Und Hauke lächelte; doch sie fragte noch einmal: „Und die ungeheuren Kosten? Hast du das bedacht?"

— „Das hab ich, Elke; was wir dort herausbringen, wird sie bei weitem überholen, auch die Erhaltungskosten des alten Deiches gehen für ein gut Stück in dem neuen unter; wir arbeiten ja selbst und haben über achtzig Gespanne in der Gemeinde, und an jungen Fäusten ist hier auch kein Mangel. Du sollst mich wenigstens nicht umsonst zum Deichgrafen gemacht haben, Elke; ich will ihnen zeigen, daß ich einer bin!"

Sie hatte sich vor ihm niedergehockt und ihn sorgvoll angeblickt; nun erhob sie sich mit einem Seufzer: „Ich muß weiter zu meinem Tagewerk," sagte sie, und ihre Hand strich langsam über seine Wange; „tu das deine, Hauke!"

„Amen, Elke!" sprach er mit ernstem Lächeln; „Arbeit ist für uns beide da!"

— — Und es war Arbeit genug für beide; die schwerste Last aber fiel jetzt auf des Mannes Schulter. An Sonntagnachmittagen, oft auch nach Feierabend, saß Hauke mit einem tüchtigen Feldmesser zusammen, vertieft in Rechenaufgaben, Zeichnungen und Rissen; war er allein, dann ging es ebenso und endete oft weit nach Mitternacht. Dann schlich er in die gemeinsame Schlafkammer — denn die dumpfen Wandbetten im Wohngemach wurden in Haukes Wirtschaft nicht mehr gebraucht — und sein Weib, damit er endlich nun zur Ruhe komme, lag wie schlafend mit geschlossenen Augen, obgleich sie mit klopfendem Herzen nur auf ihn gewartet hatte; dann küßte er mitunter ihre Stirn und sprach ein leises Liebeswort dabei, und legte sich selbst zum Schlafe, der ihm oft nur beim ersten Hahnenkraht zu Willen war. Im Winterkurm lief er auf den Deich hinaus, mit Bleistift und Papier in der Hand und stand und zeichnete und notierte, während ein Windstoß ihm die Mütze vom Kopf riß und das lange, fahle Haar ihm um sein heißes Antlitz flog; bald fuhr er, solange nur das Eis ihm nicht den Weg versperrte, mit einem Knecht zu Boot ins Wattenmeer hinaus und maß dort mit Lot und Stange die Tiefen der Ströme, über die er noch nicht sicher war. Elke zitterte oft genug für ihn; aber war er wieder da, so hätte er das nur aus ihrem festen Händedruck oder dem leuchtenden Blitz aus ihren sonst so stillen Augen merken können. „Geduld, Elke," sagte er, da ihm einmal war, als ob sein Weib ihn nicht lassen könne; „ich muß erst selbst im Reinen sein, bevor ich meinen Antrag stelle!" Da nickte sie und ließ ihn gehen. Der Ritte in die Stadt zum Oberdeichgrafen wurden auch nicht wenige, und allem diesen und den Mühen in Haus- und Landwirtschaft folgten immer wieder die Arbeiten in die Nacht hinein. Sein Verkehr mit andern Menschen außer in Arbeit und Geschäft verschwand fast ganz; „Es sind schlimme Zeiten, und sie werden noch lange dauern," sprach Elke bei sich selber und ging an ihre Arbeit.

Endlich, Sonne und Frühlingswinde hatten schon überall das Eis gebrochen, war auch die letzte Vorarbeit getan; die Eingabe an den Oberdeichgrafen zur Befürwortung an höherem Orte, enthaltend den Vorschlag einer Bedeichung des erwähnten Vorlandes, zur Förderung des öffentlichen Besten, insonders des Kooges, wie nicht weniger der Herrschaftlichen Kasse, da höchstderselben in kurzen Jahren die Abgaben von zirka 1000 Demat daraus erwachsen würden, — war sauber abgeschrieben und nebst anliegenden Rissen und Zeichnungen aller Lokalitäten, jetzt und künftig, der Schleusen und Siele und was noch sonst dazu gehörte, in ein festes Konvolut gepackt und mit dem deichgräflichen Amtssiegel versehen worden.

„Da ist es, Elke," sagte der junge Deichgraf, „nun gib ihm deinen Segen!"

Elke legte ihre Hand in seine: „Wir wollen fest zusammenhalten," sagte sie.

„Das wollen wir."

Dann wurde die Eingabe durch einen reitenden Boten in die Stadt gesandt.

„Sie wollen bemerken, lieber Herr," unterbrach der Schulmeister seine Erzählung, mich freundlich mit seinen feinen Augen fixierend, „daß ich das bisher Berichtete während meiner fast vierzigjährigen Wirksamkeit in diesem Kooge aus den Ueberlieferungen verständiger Leute, oder aus Erzählungen der Enkel und Urenkel solcher zusammengefunden habe; was ich, damit Sie dieses mit dem endlichen Verlauf in Einklang zu bringen vermögen, Ihnen jetzt vorzutragen habe, das war derzeit und ist auch jetzt noch das Geschwätz des ganzen Marschdorfes, sobald nur um Allerheiligen die Spinnräder an zu schnurren fangen.

Von der Hofstelle des Deichgrafen, etwa fünf- bis sechshundert Schritte weiter nordwärts, sah man derzeit, wenn man auf dem Deiche stand, ein paar tausend Schritt ins Wattenmeer hinaus und etwas weiter von dem gegenüberliegenden Marschufer entfernt eine kleine Hallig, die sie „Jeversand", auch „Jevershallig" nannten. Von den derzeitigen Großvätern war sie noch zur Schafweide benutzt worden, denn Gras war damals noch darauf gewachsen; aber auch das hatte aufgehört, weil die niedrige Hallig ein paarmal, just im Hochsommer, unter Seewasser gekommen, der Graswuchs dadurch verkümmert und auch zur Schafweide unnutzbar geworden war. So kam es denn, daß außer von Möwen und den andern Vögeln, die am Strande fliegen, und etwa einmal von einem Fischadler dort kein Besuch mehr stattfand; und an mondhellen Abenden sah man vom Deiche aus nur die Nebeldünste leichter oder schwerer darüber hinziehen. Ein paar weißgebleichte Knochengerüste ertrunkener Schafe und das Gerippe eines Pferdes, von dem freilich niemand begriff, wie es dort hingekommen sei, wollte man, wenn der Mond von Osten auf die Hallig schien, dort auch erkennen können.

Es war zu Ende März, als an dieser Stelle nach Feierabend der Taglöhner aus dem Tede Haienschen Hause, und Iven Johns, der Knecht des jungen Deichgrafen, nebeneinander standen und unbeweglich nach der im trüben Mondduft kaum erkennbaren Hallig hinüberstarrten; etwas Auffälliges schien sie dort so festzuhalten. Der Taglöhner steckte die Hände in die Tasche und schüttelte sich: „Komm, Iven," sagte er, „das ist nichts Gutes; laß uns nach Haus gehen!"

Der andre lachte, wenn auch ein Grauen bei ihm hindurchklang: „Ei, was! Es ist eine lebige Kreatur, eine große! Wer, zum Teufel, hat sie nach dem Schlickstück hinaufgejagt! Sieh nur, nun reckt's den Hals zu uns hinüber! Nein, es senkt den Kopf; es frißt! Ich dächt, es wäre dort nichts zu fressen! Was es nur sein mag?"

„Was geht das uns an!" entgegnete der andere. „Gute Nacht, Iven, wenn du nicht mit willst; ich gehe nach Haus!"

— „Ja, ja, du hast ein Weib, du kommst ins warme Bett! Bei mir ist auch in meiner Kammer lauter Märzenluft!"

„Gut Nacht denn!" rief der Taglöhner zurück, während er auf dem Deich nach Hause trabte. Der Knecht sah sich ein paarmal nach dem Fortlaufenden um; aber die Begier, Unheimliches zu schauen, hielt ihn noch fest. Da kam eine untersetzte, dunkle Gestalt auf dem Deich vom Dorfe her gegen ihn heran; es war der Dienstjunge des Deichgrafen. „Was willst du, Carsten?" rief ihm der Knecht entgegen.

„Ich? — Nichts," sagte der Junge; „aber unser Wirt will dich sprechen, Iven Johns!"

Fortsetzung folgt.

Ausgabe von Speisemarken.

Auf Grund der Bekanntmachung des Polizeiamts betreffend die Ausgabe von Speisemarken vom 31. Januar 1917 wird hiermit folgendes angeordnet:

Die Ausgabe der Speisemarken für die Zeit vom 14. April bis zum 11. Mai 1919 erfolgt von Freitag, den 11. April 1919 ab von morgens 8 Uhr bis 8 Uhr nachmittags in der Börse, Eingang vom Markt (Zentrale für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen).

Für die Zeit bis zum 11. Mai 1919 werden im Höchstfalle 4 Hefte zu 16 Marken, deren Gültigkeit zeitlich nicht beschränkt ist, ausgegeben.

Zur Erlangung je eines Heftes sind abzugeben:

1. einer der für Mühlenfabrikate gültigen Abschnitte 91 bis 94 der Bezugskarte,
2. einer der zum Bezuge von Zucker gültigen Abschnitte 101 bis 104 der Bezugskarte und
3. drei Unterabschnitte der Abschnitte 1—4 der Kartoffelkarte.

Selbstversorger und Personen, welche auf diese Abschnitte Kartoffeln bereits bezogen haben, erhalten gegen Ablieferung von 3 Pfund zur menschlichen Nahrung geeigneter Kartoffeln für jedes Speisemarkenheft gegen Empfang des Tagespreises in der Städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 13, I. einen entsprechenden Ausweis.

Die Ausgabe von Speisemarken für auswärts wohnhafte Personen, welche hier in fester Arbeit stehen, erfolgt nur in der Geschäftsstelle der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Breite Straße 65, Zimmer 1.

Lübeck, den 9. April 1919. (565

Das Landesversorgungsamt.

Notgeld der Stadtkasse.

Die Einlösungsfrist für die von der Stadtkasse in Lübeck ausgegebenen Scheine zu **Mk. 20, 10 und 5** läuft nach der Bekanntmachung vom 11. März am **15. April** ds. Js. ab.

Die Einlösungsfrist der Scheine zu **Mk. 50.—** ist bereits am 28. Februar ds. Js. abgelaufen. Ausnahmsweise werden auch diese Scheine noch bis zum 15. April ds. Js. bei der Stadtkasse umgetauscht.

Lübeck, den 9. April 1919. (556

Die Finanzbehörde.

Landesvorstand. Eutin, den 7. April 1919.

Der Landesvorstand gibt **Karbid** in Trommeln zu 100 kg zum freihändigen Verkauf ab.

Anträge auf Zuweisungen sind an Herrn **Ernst Hümme** in Eutin zu richten.

564) Mahlstedt.

Am Sonnabend **Verkauf von Hausschuhen** in mittleren Größen, passend als **Konfirmanden-Geschenke.** Verkauf von 9—3 Uhr.

Kriegshilfe Abt.: Schuhfürsorge.

579) Königstraße 19, Zimmer 7.

Nach längerem Leiden starb unser Lagerist, Herr

Heinrich Bähnke

im 46. Lebensjahre. Wir verlieren einen in jahrelanger Tätigkeit erprobten, pflichttreuen Mitarbeiter, dessen Andenken wir in Ehren halten werden.

Drägerwerk Lübeck.

565) Heinr. u. Bernh. Dräger.

„Die Fürsorge für deutsche Kriegsgefangene", Breite Str. 27, ist vom 14. bis einschl. den 21. April 1919

geschlossen.

567)

D. T. V.

Vorstandssitzung Sonnabend abend 7 Uhr im Bureau.

8. Distrikt.

Sonnabend, den 12. April, abends 8 Uhr,

Versammlung

bei Sommerfeld, Schwarzer Adler. Fackenburger Allee.

571) B. Lotzow.

Sozialdemokrat. Verein Lübeck.

Nachruf.

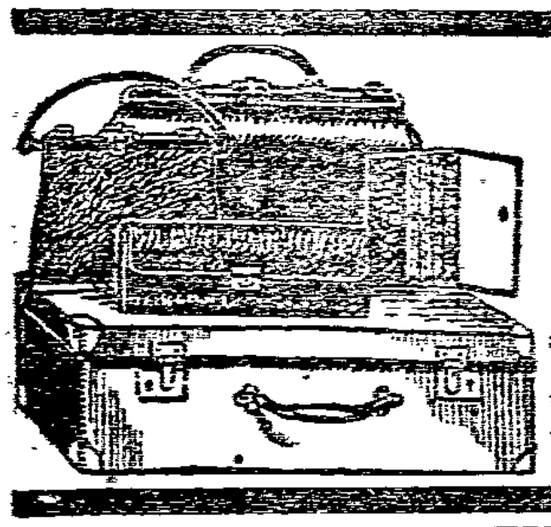
Am 17. Nov. 1918 starb im Lazarett unser Genosse

Karl Etler

Maurer.

Ehre seinem Andenken!

570) Der Vorstand.



Passende

Konfirmations-Geschenke

in (553 echten Lederwaren kauft man am billigsten in der Lederwarenfabrik

F. Fränkel

Breitestraße 54.

Deutsche Rotweine
Mosel- u. Rhein-Weine
Diverse Süssweine
Echter Tokayer — Sekte
ff. Hansa-Bittern

Lübecker Weinhaus
Otto Voigt. 582

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation danken herzlich (552

Friedr. Wulff u. Frau u. Sohn.
Schwartau, Rondanaller.

Sofort oder 1. Mai **Tagesmädchen** gesucht.

545) Sophienstraße 5.

Gesucht zu sofort ein tüchtiger

Schustergeselle.

Dauernde Arbeit bei gutem Lohn. Zu meld. b. **Julius Jarkowski Schlutup,** Lübecker Str. 34. (558

1 Puppenwagen z. k. gesucht. Ang. m. Pr. unter **Sch 12** an die Exped. d. Bl. (588

Klappsportwag., 55 Mk., Jünglingsanzug zu vertauschen. (578 Johannisstraße 16.

Ein neues Wintermärchen.

Heines Besuch im neuen deutschen Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte.

Vor der Revolution konfisziert gewesen!

Preis 25 Pfg.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Haltbare **Hosenträger** weiche Kragen zum Selbstwaschen **Krawatten** Papier-Wäsche

Aug. Janensch

551 Sandstraße 6.

Zigarren in den Preislagen von 480 bis 1100 Mk. pr. Mille
Zigarillos zu 350 u. 450 Mk. pr. Mille
Zigaretten in verschiedenen Preislagen
Tabak gar. rein 1/10 Pfd. 2,30 Mk

C. Wichmann Nchf.
Inh. **Klara Dietz,**
546 **Hüxterdamm 12a.**

Hillgers Handbuch

der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919

enthält Lebenslauf und Bilder der Mitglieder d. Nationalversammlg.

2.50 Mk.

Buchhdl. Fr. Meyer u. Co.

J. H. Pein

Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige :: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Sparklub Gewerkschaftshaus.

Versammlung

am Montag, dem 14. April abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus" Johannisstraße 50-52.

Das Erscheinen der Mitglieder ist erforderlich.

555) Der Vorstand.

HOLSTENHAUS G.M.B.H. LÜBECK

Billige

Kurzwaren

Ein besonderes Angebot für Schneiderinnen u. sparsame Hausfrauen.

Druckknöpfe schwarz und weiß . . . Dtz.	12 ₰	Miederband mit Stäben 4 cm breit . . . . m	95 ₰
Druckknopf „Ideal" garantiert rostfrei. Dtz.	25 ₰	Miederband Ia. Qualität 5 cm breit . . . . m	1.45
Druckknopf „Stratege" beste Federung, Dtz.	38 ₰	Stoßborde Ia. Qualität schwarz u. farb., m 1.15	95 ₰
Sicherheitsnadeln alle Größ., sort., Dtz.	38 ₰	Wäschebesätze weiß und bunt . . . . m	12 ₰
Sicherheitsnadeln mit Kuge, sort., Dtz.	45 ₰	Jakonetband 5-Meter-Stück	55 ₰

Maschinengarn	Rolle 100 Meter . . . . . 48 ₰ u.	40 ₰
Nähseide „Ideal"	schwarz und farbig 50-Meter-Rolle	70 ₰
Knopfloch-Seide	schwarz und farbig . . . . . Rolle	58 ₰
Wäschetwist	weiß und schwarz . . . . Knaul	20 ₰
Stopf-Baumwolle	braun und schwarz . . . . . Karte	20 ₰
Stopf-Garn	grau und schwarz . . . . . Karte	18 ₰
Weißes Häkelgarn	in allen Stärken.	

Schnürsenkel 100 cm lang . . . Paar 45 ₰	15 ₰	Kragenstäbe Seide umsponnen . . . . Dtz.	18 ₰
Schnürsenkel Leinen 120 cm lang . . Paar	55 ₰	Kragenstäbe Zelluloid Ia. Ausführung . Dtz.	22 ₰
Mako-Senkel Ia. Qualität, Paar 95 ₰	75 ₰	Lockennadeln „Hilda" mit Kopf . . . Paket	18 ₰
Schuhbänder Ia. Seidentresse, Paar	1.85	Haarnadeln glatt und gewellt . . . Paket	7 ₰
Sohlenschoner „Famos" . . . . . Karte	10	Haarnadeln „Ideal" . . . . . Paket	38 ₰

Prima Wäsche-Knöpfe
massiv, mit bestem Stoffbezug u. durchgehend. rostfreier Oese
14—20 linig Dtz durchweg **28 Pfg.** — 22—30 linig Dtz. durchweg **75 Pfg**

Reiche Auswahl Kleider- u. Mantelknöpfe
Besatzknöpfe
Perlmutterknöpfe
aller Art.

In unserer Seidenband-Abteilung brachten wir besonders billig zur Auslage

Hut-Bänder

einfarbig Rips, bestickt und in schönen Chinemustern

Meter 2.75 1.75 1.40 und 75 ₰

Seidene Haarbänder in vielen Farben. Abgepaßt

8 cm breit Stück 95 ₰ — 5½ cm breit Stück 85 ₰ — 4 cm breit Stück 75 ₰ — 2½ cm breit Stück 50 ₰

Mengenabgabe vorbehalten.

Beachten Sie unsere Schaufenster.

Schlafstuben-Einrichtung m. Marmor u. Matratzen, ungebraucht, preiswert zu verkaufen.

574 Wahnstr. 68.

Zu verkaufen Herren-Fahrrad, Plüschgarnitur, Vertiko, Tisch Küchenschrank. 572

Meyer, Lg. Lohberg 35, Hth.

Konfirmationsgeschenke!

Taschenuhren
Schmucksachen
Silberwaren
Verlob.-Ringe
Willy Westfeling
Holstenstr. 52

585) Reparaturwerkstatt.

Extra starke Hand-

Blockwagen

3—8 Zentner Tragkraft.

Karl Schulmerich

560) Mühlenstr. 28.

Brauereien

Brauerei zur Walkmühle

Hansa-Brauerei A.G.
Lübeck.

Herrenartikel
Heinrich Waller
Breitestr. 60
Herrenwäsche, Krawatten, Unterzeuge, Hüte, Schirme etc.

Lederhandlungen
Carl Rohde Hundestr. 64
Schlosserbedarf, Bedarfsartikel
Pelz-Gerberei

Praktischer Wegweiser

Erscheint wöchentlich einmal :: empfehlensw. Geschäfte :: Zur gefl. Beachtung empfohlen

Vollerts Reisebüro Lübeck T 8868

Nordische Verkehrs-Zentrale

Wohnungsnachweis :: Versicherung und Beförderung von Reisegepäck

Bavaria-Brauerei
Hamburg-Altona
Niederlage Lübeck
Lindenstr. 56a Tel. Nr. 474

Die Biere der **Schloßbrauerei Kiel** werden überall bevorzugt.

Trinkt Lübecker Vereins-Bräu

Kenner bevorzugen **das gute Lübecker Bürgerbräu**
Aktienbierbrauerei Lübeck

Zigarrenhandlungen
Adolf Röhrich Holstenstraße 2. Ecke Schüsselbud.

Weine
Wilhelm Rahfoht
Untertrave 113 Telephon 687
vorteilhafte Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spirituosen

Ratzeburg
Ratzeburger Aktien-Brauerei